Nr. 117. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,75 Mk., für das übrige Ausland 13,— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 11,— Mk. + Valuta-Aufschlag. Bestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 4. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Ratifikationsspiel in Washington

Haag, 3. März. „Nieuwe Courant" meldet aus Washington: Der Senat nahm mit 58 gegen 25 Stimmen den Vorbehalt des Senators Lodge an, nach welchem die Vereinigten Staaten selbst entscheiden sollen, auf welche inneren Fragen sich die Jurisdiktion des Völkerbundes erstrecken soll. Mit den Republikanern stimmten 14 Demokraten. Ueberwiegend hält man den Friedensvertrag dadurch für gefährdet, da der Präsident erklärt hat, ihn in dieser Form nicht anzunehmen.

Völkerbundsforderungen der englischen Arbeiter.

Für die Zulassung Deutschlands.

Der Gedanke eines wirklichen Völkerbundes, der durch den Versailler Frieden zur Fratze verzerrt worden ist, ist von den englischen Arbeitern zu einem Vorstoß gegen die von Haß gebaute und widersinnige Form der Völkerbundsorganisation im Friedensvertrag benutzt worden. Nach einer Schweizer Meldung aus London ist am Montag eine Abordnung aller britischen Arbeiterverbände unter Führung des ehemaligen Ministers Barnes beim Sekretär des Völkerbundes Drumond erschienen, um eine Reform des Völkerbundes zu verlangen.

Barnes erklärte: Die Liga des Völkerbundes müsse alle Nationen umfassen, und die Bestrebungen, Deutschland solange wie möglich davon fernzuhalten, seien ebenso töricht wie gefährlich. Er forderte namens der britischen Arbeiterpartei die Bildung eines Komitees in England, welches die Revision des Völkerbundes vorbereitet. Drumond betonte, daß der beste Weg für die Erlangung der Revision des Friedensvertrages der parlamentarische Einfluß auf die englische Regierung sei.

Weiter wird gefordert, daß künftig keine privaten Fabriken Kriegsmaterial herstellen dürfen. Der Generalsekretär ließ durchblicken, daß ihm die Wünsche nicht unsympathisch seien und er sie dem Obersten Rat vorlegen werde.

Es ist wahrscheinlich, daß Frankreich im Obersten Rat aus Gefühlen des Hasses heraus sich dagegen wenden wird. Immerhin darf mit einer verständnisvollen Haltung Englands gerechnet werden, sonst hätte Drumond kaum erklärt, daß die englische Regierung einen Einfluß durch das Parlament erwarte.

Neuer Kurs in Frankreich?

Zugeständnisse an die Arbeiterschaft.

Paris, 3. März. In der gestrigen Kammersitzung interpellierte der Royalist Daudet über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um die Wiederholung von politischen, das heißt revolutionären Streiks wie des letzten Eisenbahnerstreiks zu verhindern. Ministerpräsident Millerand erklärte, in dem Lande, in dem die Menschenrechte verkündet worden seien, könne die Diktatur des Proletariats nicht aufgerichtet werden. Es wäre widersinnig, daß in politischer Beziehung in der Republik das allgemeine Stimmrecht herrsche, in den Fabriken aber die Diktatur. In wenigen Tagen werde der Kammer ein Gesetzentwurf zugehen, der den Gewerkschaften die Zivilrechte zuerkenne.

Vor dem Ministerpräsidenten erklärte der Abgeordnete Marc-Sangnier (der Schöpfer einer christlich-sozialen Bewegung. Die Red.), die Regierung müsse baldigst eine soziale Politik beginnen, die die Ausstände vermindere. Der Allgemeine Arbeiterverband C. G. T. dürfe kein Staat im Staate sein.

Den Standpunkt der Sozialisten vertraten der Abgeordnete Lodet, der feststellte, daß entgegen der Aeußerung des Ministerpräsidenten man doch zuletzt mit den Eisenbahnern verhandelt habe, und daß dann erst die Arbeit wieder aufgenommen worden sei, und der Abgeordnete Ernest-Lafont. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Maßnahmen der Regierung gebilligt wurden, und in der ihr das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie eine soziale Gesetzgebung machen werde, um die Wiederholung derartiger Konflikte zu vermeiden. Diese Tagesordnung wurde mit 503 gegen 75 Stimmen angenommen.

Paris, 3. März. Havas meldet, daß auf sämtlichen Pariser Bahnhöfen die Arbeiter ihre Beschäftigung ohne Zwischenfall wieder aufgenommen haben. Man hofft, daß der Dienst morgen wieder in altem Umfange aufgenommen wird.

Der Verwaltungsausschuß der Confédération Générale du Travail hat gestern abend nach „Oeuvre" Beschlüsse von ganz bedeutender Tragweite gefaßt. In der Frage der Verhaftungen soll ein großer Schritt zur Versöhnung getan worden sein.

Bergarbeiterstreik in Nordfrankreich.

Paris, 3. März. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureaus.) In Marles bei Lille streiken mehr als 18 500 Bergarbeiter.

Streik in den Berliner Brotfabriken.

Die am gestrigen Mittwoch erfolgte Abstimmung in denjenigen Brotfabriken, deren Inhaber sich bisher geweigert haben, die Forderungen der Gesellen zu erfüllen, hat den Eintritt in den Streik ergeben.

An der Abstimmung beteiligt waren insgesamt 540 Arbeiter; hiervon haben sich 406 für und 134 gegen den Streik erklärt.

Wie uns vom Verband der Bäcker und Konditoren mitgeteilt wird, haben die Inhaber der größten Bäckereien die Forderungen der Arbeiter bereits bewilligt. Unter ihnen befinden sich u. a. die Bäckereigenossenschaft, Urbanstraße, der Betrieb von Danzenberg-Neukölln, Neumann-Weißensee, der Beamtenwirtschaftsverein und die Genossenschaft Reinickendorf. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat die Forderungen der Arbeiter selbstverständlich schon vorher als berechtigt anerkannt.

Eine Gefahr, daß die Brotversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung durch diesen Streik stocken könnte, besteht nicht. Denn von den 3062 in Betracht kommenden Bäckereien Groß-Berlins sind nur ein Drittel Großbäckereien.

Zieht man in Betracht, daß die größten dieser Betriebe vom Streik nicht berührt werden und daß in den letzteren, namentlich in dem modernen Betriebe der Konsumgenossenschaft, die Brotfabrikation noch erhöht werden könnte, so scheidet der Gedanke einer mangelhaften Brotversorgung von vornherein aus.

Die Inhaber der bestreikten Betriebe dürften denn auch bald einsehen, daß sie eine Dummheit begehen, wenn sie sich sträuben, berechtigte Forderungen der Gesellen zu bewilligen.

Die Verkehrsschwierigkeiten im Ruhrgebiet.

WTB. meldet: Der Abtransport der Brennstoffe gestaltete sich in der vorigen Woche äußerst schwierig. Der Hauptgrund für die Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse ist der verschärfte Lokomotivmangel; ferner traten Schwierigkeiten an den Zollgrenzen im Westen, Grippe-Erkrankungen des Personals, die umfangreichen Gefangenentransporte und verminderte Aufnahmefähigkeit des Wasserweges erschwerend hinzu. Die Wagengestellung verringerte sich auf werktäglich 16 700, während die **Fehlziffer auf 6580 Wagen** in die Höhe ging. In Besprechungen, die im Beisein von Vertretern der Eisenbahnverwaltung aus Berlin am Freitag und Sonnabend voriger Woche stattfanden, wurden **besondere Maßnahmen zur Behebung des Wagenmangels** zugesagt.

Die Haldenbestände haben sich in der vorigen Woche um 115 000 Tonnen, nämlich auf 846 000 Tonnen vergrößert. Der Umschlag und Abtransport von den Duisburg-Ruhrorter Häfen litt fortgesetzt unter Kahnraummangel, der durch den Transportarbeiterstreik in Rotterdam noch verschärft wurde. Infolgedessen mußten die Kipper im Duisburger Hafen tageweise gesperrt werden. Der Gesamtumschlag in den genannten Häfen ging von 21 000 Tonnen auf 15 900 Tonnen werktäglich zurück. Auch der Kanalversand erfuhr infolge des Kahnraummangels eine Verringerung von 25 700 Tonnen auf 24 500 Tonnen. Bis zum Schluß der Woche war eine Besserung des Leerraumbestandes noch nicht zu verzeichnen.

Die Kabinettskrise in Schweden.

Kampf in der Koalition.

Die schwedische Regierungskrise, über die wir im gestrigen Abendblatt telegraphisch berichteten, ist aus der Kommunalsteuerfrage entstanden. Auch in Schweden bestehen zwischen den Kommunalsteuerzuschlägen der einzelnen Gemeinden ungeheure Unterschiede; zwar sind die Einkommen bis 800 Kronen von diesen Zuschlägen befreit, aber bei der jetzigen Teuerung erweist sich eine Hinaufsetzung dieser Grenze als unerläßlich. Die ganze Frage wird schon seit Jahren studiert und hat alle möglichen Instanzen beschäftigt. **Jetzt hat der sozialdemokratische Finanzminister F. W. Thorsson einen Vorschlag ausgearbeitet, der die sozialen Ungerechtigkeiten beseitigen will. Die Regierung besteht seit den Kammerwahlen von 1917 aus 7 Liberalen und 4 Sozialdemokraten.** Die liberalen Minister wollen nicht so weit gehen, wie die Sozialdemokraten wünschen und sich höchstens auf ein Provisorium einlassen. **Der sozialdemokratische Parteitag, der im Februar in Stockholm tagte, hatte beschlossen, daß die Sache endlich durchzuführen ist, und wenn darüber die Regierung stürzen und an die Partei die Einladung zur Regierungsbildung ergehen sollte, sie alle Konsequenzen daraus zu ziehen habe.** Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei im Reichstage und sie glaubt, daß viele Bürgerliche mit ihr für eine gerechte Kommunalsteuervorlage stimmen werden. **Im Sommer finden die Neuwahlen statt und die Partei hat gar keine Besorgnisse um die Entscheidung der Wähler, wenn die Bürgerlichen jetzt die Lösung der Frage verhindern sollten.**

Es wird als möglich angenommen, daß Genosse Hjalmar Branting, wenn in der nächsten Woche die Kabinettskrise zur Entscheidung kommt, Ministerpräsident wird, anderenfalls würde Genosse Thorsson die Leitung des **rein sozialdemokratischen Kabinetts übernehmen.**

Das alte Leiden.

Wie wird man den Ausnahmezustand los?

Die Nationalversammlung hat gestern einen Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Sozialdemokraten würden mit Freuden für den Antrag gestimmt haben, wenn sie nicht die überaus traurigen Erfahrungen des letzten Winters hinter sich hätten. Diese Erfahrungen sagen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Aufhebung des Ausnahmezustandes nur eine sichere Folge hat, nämlich die, daß sich die zwingende Notwendigkeit seiner Wiedereinführung in der allerkürzesten Zeit einstellt.

Es wäre nur zu schön, wenn wir den Ausnahmezustand heute abschaffen könnten, ohne daß wilde Streiks, Drosselung des wirtschaftlichen Lebens, Aufruhr, Mord und Todschlag die Folgen wären. Man sagt, das sei eben die Aufgabe der Regierung, die Zustände so zu gestalten, daß auch unter den freiesten Verhältnissen die Produktion ihren ungestörten Gang nimmt, Ordnung und öffentliche Sicherheit gewahrt bleiben. Aber eine Regierung, die unter den gegenwärtigen Umständen diese Aufgabe zu lösen imstande wäre, ist nicht zu finden, sie könnte am allerwenigsten von den Parteien der Opposition gestellt werden, die gar nicht anders als mit dem allerschärfsten Belagerungszustand mit dem weißen oder dem roten Schrecken zu regieren imstande wären.

Eine Koalitionsregierung, die auf dem Boden der Demokratie steht, hat immer noch bessere Aussichten, mit weniger oder milderen Einschränkungen der Freiheit auskommen zu können als eine Minderheitsregierung. Ohne die Koalitionsregierung stände es heute um die staatsbürgerliche Freiheit in Deutschland nicht besser, sondern unendlich viel schlimmer.

Der seit dem 13. Januar verhängte Ausnahmezustand hat zweifellos seine Härten, die wir tief beklagen, er hat einzelne Mißgriffe gezeitigt, die scharf zu verurteilen sind — aber niemand kann verkennen, daß seit seiner Verhängung eine wesentliche Verbesserung der allgemeinen Zustände eingetreten ist. Er hat den Erfolg gehabt, gewisse Trugvorstellungen von der gegebenen Verteilung der Machtverhältnisse zu zerstören, die auf die Arbeiterbewegung eine verhängnisvolle Wirkung gehabt haben. Jene Richtung bei den Unabhängigen, die den Gewaltkampf verwirft und die Partei auf die Bahn einer legalen, demokratischen Opposition lenken will, war vor dem 13. Januar durch den Terror der äußersten Linken so gut wie vollständig unterdrückt, heute kann sie sich wieder hervorwagen, nachdem sich deutlich gezeigt hat, wie berechtigt ihre Warnungen vor wahnwitzigen Machtproben gewesen ist.

Die „Rote Fahne", die nun ebenso wie die „Freiheit" wieder erscheinen darf, ist denn auch mit der ganzen Entwicklung der Dinge höchst unzufrieden. Sie erinnert wehmütig an die schönen Tage, in denen der Leipziger Parteitag der Unabhängigen kommunistische Beschlüsse faßte und stellt dazu das gegenwärtige Verhalten der unabhängigen Führer in Gegensatz, die sich zum Schutz gegen den Druck des Ausnahmezustandes auf die verfehmte Verfassung der demokratischen Republik berufen. Sie klagt:

Der Appell an die Verfassung ist der Appell an die bürgerliche Demokratie. Er unterstellt, daß die wahre Auslegung der bürgerlichen Demokratie nicht Feuer und Schwert sei, sondern Friede und Gerechtigkeit. Vielleicht erinnern sich die unabhängigen Arbeiter dunkel, daß sie einmal in fernen Tagen der bürgerlichen Demokratie absagten und als ihre Losung aufstellten die proletarische Diktatur, wenn auch die Diktatur ohne Heft und ohne Klinge, die Diktatur ohne Gewalt. **Es war das in jenen Tagen, da in Leipzig ein Parteitag der Unabhängigen tagte und radikale Beschlüsse faßte.** Die Tage scheinen versunken und vergessen nicht nur bei jenen Führern, die durch den Druck der unabhängigen Massen **gezwungen wurden, sich zu radikalen Formen zu bekennen, sie scheinen auch versunken und vergessen bei den unabhängigen Arbeitern, aus deren Reihen wir bisher noch kein Wort** des Protestes vernommen, geschweige denn eine Aktion **gegen den Verrat oder das Versagen ihrer Führer gesehen haben.**

Die Kommunisten sagen daher den Unabhängigen, und zwar sowohl dem linken wie dem rechten Flügel, den **allerschärfsten Kampf an. Wie sie diesen Kampf führen wollen,** ist allerdings ziemlich unklar, da sie in inneren Kämpfen und Spaltungen sich selber aufzehren und die „Rote Fahne" täglich neue Ausschluß-Ukase gegen ganze Lokalorganisationen veröffentlicht. In einer Resolution der Bezirkskonferenz Ostsachsen **wird von der „unglaublichen Konfusion" gesprochen, die im Lager der Opposition herrsche. Die unglaubliche Konfusion ist das hervorragende Kennzeichen aller oppositionellen Strömungen links von der sozialdemokratischen Partei.**

So stehen die Dinge in diesem Augenblick, aber es wäre verhängnisvoll falsch, daraus zu folgern, daß der Ausnahmezustand der Weisheit letzter Schluß sei. **Das Ziel des Ausnahmezustandes kann kein anderes sein,**

als sich selber so rasch wie möglich überflüssig zu machen. Man soll von der Verfassung der Deutschen Republik nicht sagen können, sie gleiche der Stute Rolands, die alle Vorzüge der Welt besaß und nur einen einzigen Nachteil, nämlich den, daß sie leider tot war. Man soll von der Verfassung nicht sagen können, es sei von ihr nichts anderes übrig geblieben als der Artikel 48.

Wir haben den Ehrgeiz, den Ausnahmezustand so rasch wie möglich abschaffen zu können, und wir hegen den dringenden Wunsch, daß uns die Unabhängigen dabei helfen. Bis jetzt haben sie das Gegenteil davon getan, sie sind uns im Kampf gegen den Ausnahmezustand in den Rücken gefallen. Man erinnere sich daran, daß wir im Herbst vorigen Jahres unaufhörlich die Aufhebung des Belagerungszustandes forderten und sie schließlich durchsetzten. Als wir sie durchgesetzt hatten, waren wir aber alsbald die Blamierten, und diejenigen, die für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes eingetreten waren, bekamen durch die Taten der von der äußersten Linken vorwärts gehetzten Unabhängigen glänzend recht.

Jetzt alle einschränkenden Bestimmungen aufzuheben, um das erneute Experiment abermals nach ein paar Wochen mit schweren Verlusten an Volksgut und -Blut abzuschließen, hätte keinen Sinn. Von den Unabhängigen ist jetzt zu verlangen, daß sie nicht nur die Aufhebung des Ausnahmezustandes beantragen, was sehr leicht ist, sondern daß sie uns helfen, die Bedingungen zu schaffen, unter denen er ein für allemal und auf Nimmerwiedersehen abgeschafft werden kann. Diese Hilfe können die Unabhängigen leisten, ohne die Rolle des schärfsten Kritikers aufgeben zu müssen, indem sie so, wie es jetzt schon viele von ihnen, zuletzt der Abg. Henke, forderten, den Sozialismus nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern auf organischem Wege zu verwirklichen suchen. Schade nur, daß derselbe Henke, der vor drei Tagen einen überraschenden Anfall von Einsicht hatte, gestern wieder den wilden Mann spielte. Erst die Regierung zur Einführung des Ausnahmezustandes zu zwingen und ihr dann daraus, daß sie ihn eingeführt hat, einen Strick zu drehen, ist keine ehrliche Taktik. Also, ihr Unabhängigen, seid herzlich gebeten: Redet nicht nur für die Aufhebung des Belagerungszustandes, sondern tut auch etwas dafür! Das wäre dann eine „Propaganda der Tat", deren segensreiche Folgen für die deutsche Arbeiterbewegung nicht ausbleiben würden!

Die Verordnung über die Zeitungsverbote.

In seiner gestrigen Rede in der Nationalversammlung hat Gen. Noske eine Verordnung über die Zeitungsverbote angekündigt, die gegen willkürliche Einschränkungen der Pressefreiheit Schutz schaffen soll. Nachdem bereits durch Abrede zwischen der Reichsregierung und den Zeitungsverlegern festgestellt worden ist, daß Zeitungsverbote nicht ohne Befristung und nicht ohne Begründung erfolgen sollen, wird es sich um die Schaffung einer Berufungsinstanz handeln, die ermächtigt ist, Verbote, die ihr nicht genügend begründet erscheinen, wieder rückgängig zu machen.

Ein Wirtschaftsmanifest der Entente.

„Echo de Paris" teilt mit, daß die Londoner Konferenz ein Wirtschaftsmanifest abgefaßt habe. Darin heißt es u. a., die Gefahr für Europa bestehe nicht, wenn Deutschland stark sei, sondern wenn es vernichtet werde. In der sehr langen Einleitung wird die Notwendigkeit betont, an der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands und Rußlands mitzuarbeiten und zu diesem Zwecke genügend Rohstoffe und Fertigwaren zu liefern. Frankreich erhalte die Zusicherung, daß die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete eine internationale Frage im allgemeinen europäischen Interesse bedeute. „Echo de Paris" befürchtet, daß man allgemein viel schwächer werde und daß man schließlich auch noch auf den Ersatz der anderen von Deutschland verschuldeten Schäden verzichten werde.

Die deutsch-russischen Beziehungen.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hielt am Dienstag und Mittwoch längere Sitzungen ab, in denen unter andern die Ostfragen einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Als Ergebnis der Aussprache stellte der Vorsitzende Scheidemann am Schluß folgendes fest: Der Ausschuß ist nach eingehender Prüfung und Besprechung unseres Verhältnisses zu Rußland zu folgendem Ergebnis gelangt:

1. Der Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird gutgeheißen.

2. Die Absicht wirtschaftlicher und industrieller Kreise, eine Studienkommission der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu entsenden, wird begrüßt. Es wird der Regierung empfohlen, ihr Förderung angedeihen lassen zu wollen, um damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Eine Aufgabe für den Völkerbund.

Unter Hinweis auf die ausdrücklichen Versprechungen der Entente für die Zeit nach Beseitigung der Rätewirtschaft in Ungarn fordert die schweizerische Sozialdemokratie vom Völkerbund, daß er den Greueln der ungarischen Reaktion Einhalt gebiete.

Der schweizerische Nationalrat genehmigte mit 115 gegen 35 Stimmen den Bundesbeschluß betreffend den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Die Amerika-Klausel wurde fallen gelassen. Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten und einige Bürgerliche.

Hoffmanns Erzählungen.

Uns wird geschrieben:

Der Abgeordnete Adolph Hoffmann hat laut „Freiheit" in der gestrigen Sitzung der Landesversammlung behauptet: „Die Ausplünderung des Schlosses hat in der Tat erst begonnen, nachdem die Matrosen mittels Kanonen daraus vertrieben worden waren."

Herr Adolph Hoffmann hat ein kurzes Gedächtnis; er selbst hat mit den anderen unabhängigen Mitgliedern des Kabinetts am 12. Dezember 1918 den Beschluß unterschrieben, wegen der vielen Plünderungen die Matrosen unverzüglich aus Schloß und Marstall zu entfernen. Gewiß sind unter den Matrosen ehrliche Menschen gewesen, wie z. B. der Zahlmeister Jakubowski, der es ermöglicht hat, daß eines Nachts die Kasse des Oberhofmarschallamts in Sicherheit gebracht wurde; aber es wird den Vertretern der Presse, die am 31. Dezember 1918 das Schloß besichtigten, erinnerlich sein, daß der Chef der Matrosenkriminalabteilung mit Stolz ein ganzes Warenlager von gestohlenen Sachen zeigte, die er seinen Leuten abgenommen hatte; wieviel in Wirklichkeit geplündert worden ist, läßt sich daraus ermessen, . Die Gegenstände, welche bei der gleich nachher begonnenen Inventarisierung fehlten, zählen noch Tausenden. Von 700 bis 800 „requirierten" Stücken Bettwäsche sind kaum 50 wieder zum Vorschein gekommen.

Was es mit den „Milliarden-Werten" für eine Bewandtnis hat, die nach Ansicht des Herrn Adolph Hoffmann unter der Aufsicht des Finanzministeriums und der Hofbehörden verschwunden sein sollen, wird aus folgenden Aktenstücken ersichtlich sein:

1. Generalverwaltung der Musoen. Berlin, den 27. November 1918.

Der Unterzeichnete bescheinigt hiermit, die folgenden Gemälde und Bildwerke aus dem Stadtschloß zu Berlin im Auftrage des Herrn Finanzministers übernommen und vorläufig im Museum deponiert zu haben:

1. Antoine Watteau: Firmenschild des Gersaint pp.
14. Lucas Cranach: Anna Selbdritt.
15. Lucas Cranach: Lucretia pp.

(Im ganzen 23 Nummern.)

gez. Max J. Friedländer.

2. Verzeichnis der kunstgewerblichen Gegenstände aus dem Schloß am Lustgarten, die zur Verwahrung in das Kunstgewerbemuseum übernommen worden sind:

I. Silbergerät. II. Ziervasen. III. Glasgemälde. IV. Porzellane. (Im ganzen 202 Positionen.)

gez. Falke.

3. Ich bescheinige hiermit, daß ich im Auftrage des Finanzministers die wertvollen Kunstwerke des Berliner Stadtschlosses, soweit sie nicht bereits in die Museen am Lustgarten oder das Kunstgewerbemuseum überführt waren, und soweit sie überhaupt entfernt werden konnten, zur sicheren Aufbewahrung in das mir unterstellte Museum überführt habe, im einzelnen: 244 Oelgemälde, 28 Pastelle und Zeichnungen, 4 Mosaikbilder, 3 Marmor- und Bronzebüsten, 1 Elfenbeinrelief, 13 silberne Schiffsmodelle, 2 silberne Tafelaufsätze, 1 Medaillensammlung, 46 Fayencekrüge, eine Anzahl von Erinnerungs- und Sammlungsgegenständen aus dem Besitz Friedrich Wilhelms IV.

Berlin, den 20. Februar 1920.

gez. Dr. Seidel.

In den Schlössern Charlottenburg, Stadtschloß Potsdam, Sanssouci, Orangerie, Charlottenhof, Neues Palais usw., die allgemein der öffentlichen Besichtigung zugänglich sind, kann sich jedermann selbst überzeugen, daß das Gerede von der „Ausplünderung" der Schlösser vollkommen unsinnig ist.

*

Vielleicht nimmt von diesen Schriftstücken auch die „Freiheit" Notiz, die zwar sehr ausführlich die unwahren Behauptungen Adolf Hoffmanns in ihrem Sitzungsbericht gebracht, die Widerlegung der Einzelheiten durch Gen. Südekum aber teils entstellt, teils ganz fortgelassen hat.

Strafe für herausfordernde Reden.

Die „Kreuzzeitung" hat es sehr verschnupft, daß wir als Kronzeugen für die Notwendigkeit abgesetzter Fürstenhäuser Otto von Bismarck zitiert haben. Bismarcks Vorgehen gegen die Welfen, so meint sie, sei mit der jetzigen Lage gar nicht in Vergleich zu bringen, denn der König Georg von Hannover habe nach seiner Absetzung herausfordernde Reden gehalten. Wenn Enteignung eine Strafe für herausfordernde Reden ist, dann darf Wilhelm auch nicht ein roter Heller belassen werden. Denn auf so viel herausfordernde Reden wie dieser Mann hat es bisher kein Sterblicher in der Weltgeschichte je gebracht.

Will aber die „Kreuzzeitung" darauf hinaus, daß der Welfe Georg durch die kindische Aufstellung der Welfischen Legion — die selbst nach Bismarck höchstens 1000—1400 Mann zählte — mit gewaltsamer Rückeroberung seines Thrones gedroht, Wilhelm aber solche Drohungen unterlassen habe, so ist darauf zu erwidern, daß Wilhelms Anhänger in Deutschland das reichlich für ihn besorgt haben. Wilhelm muß dann eben für das Geschrei seiner Anhänger eine Maßnahme hinnehmen, vor der Bismarck im Parallelfalle sich durch kein Geschrei gekränkter Privatrechtsfanatiker hat abschrecken lassen.

Wer gefährdet die Volksernährung?

Aus einer Anfrage der sozialdemokratischen Kölner Abgeordneten Dr. Meerfeld, Frau Röhl, Sollmann geht hervor, daß die Aktiengesellschaft für Stickstoffwerke in Knapsack bei Köln die Erzeugung von Stickstoffdünger, den die Landwirtschaft dringend braucht, eingestellt hat und statt dessen nur noch Karbid produziert, das der Gesellschaft größeren Gewinn einbringt. So gefährdet kapitalistische Profitsucht die Volksernährung. Den Aposteln der freien Wirtschaft dieser Fall zur Kenntnis.

Demokratisierung der Beamtenschaft. Mit den Fragen einer grundsätzlichen und gründlichen Demokratisierung der Beamtenkörper befaßt sich die am Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr, im Großen Sitzungssaal des Herrenhauses stattfindende Versammlung, an der alle maßgebenden Verbände, denen Angestellte in den Reichs- und Landesministerien angehören, beteiligt sind.

Schloßlegende und Sozialistengesetz.

Eine Aufklärung.

Hohngelächter der Satire wider die Gottesgnadenmär zollernschen Königtums! Demokratisch trotzender Volkshumor wider absolutistisch aufprotzenden Herrscherdünkel! Von Gottes Gnaden? Weg damit! Anders herum wirds ein Schuh: von Stallherkunft! Berühmt ist Heinrich Heines „Schloßlegende", und als berüchtigt war sie von jeher verschrien bei allen schwarz-weißen und schwarz-weiß-roten Monarchisten. Es ist das mugeberdigste der Spottlieder, die Heine gegen den vierten Friedrich Wilhelm abschoß, konnte nur heimlich umlaufen in den Biedermeierjahren der Reaktion, mit der dieses Fürsten Regiment sich an der Revolution rächte, wurde in den siebziger Jahren erst einer reichsdeutschen Werkausgabe des Dichters eingefügt und blieb dann wieder vergewaltigt jahrzehntelang daraus fort.

Im Auslande, in Philadelphia, hatte schon die in der Mitte der fünfziger Jahre gedruckte Ausgabe das Gedicht nicht außer acht gelassen (und hatte ihm sogar als besonderes Stück noch einen stachligen Vierzeiler nachgefügt, einen mitleidig schadenfrohen Spöttelgruß des lologlücklichen bayerischen Ludwig an seinen in Fähigkeiten der Liebe durchaus nicht gottbegnadeten preußischen Thronvetter: „Stammverwandter Hohenzoller, sei dem Wittelsbach kein Groller; zürne nicht ob Lola Montez, selber habend nie gekannt es!"; bei welchem Verse indessen die Zweifel an Heines Verfasserschaft sich recht lebhaft melden). Diese amerikanische Volksausgabe der Werke Heines, die sich aus der starken achtundvierziger Deutschenzuwanderung erklärt, tröpfelte natürlich auch nach Deutschland hin ab und wird ihr Teil für die Ausbreitung Heineschen Kampfgeistes gewirkt haben. Und wieder wurde, in noch viel brutaler verfolgungssüchtigen Zeitläuften, nach dreißig Jahre später vom Auslande her gesorgt, daß die Schloßlegende ihre Popularität mehren konnte: durch das von den Leuten des Züricher „Sozialdemokrat" 1886 zusammengebaute (von Rudolf Lavant eingeleitete) Buch revolutionärer Gedichte, das den Namen „Vorwärts" trug und nur auf Schleichwegen der roten Feldpost nach Deutschland gelangen konnte, aber auch wirklich gelangte. Von dieser Zeit im Lebenslauf des Heineschen Gedichts ist hier die Rede.

Daß die „Schloßlegende" ihr sozialistengesetzliches Schicksal gehabt hat, wurde in sozialistischen Kreisen bisher immer als selbstverständlich angenommen. Aber doch fehlte ein blinkiger Beweis. In Ignaz Auers Dokumentenbuch „Nach zehn Jahren" ist das Gedicht unter den zwischen 1878 und 1888 verbotenen Druckschriften nicht genannt. Doch es blieb, seit die Heine-Ausgabe von 1876, in der es stand, vergriffen war, aus allen Neudrucken der Werke weg. Geschah das freiwillig, ohne jeden höheren Eingriff?

Vor etwa anderthalb Jahren sprach die „Frankfurter Zeitung" den Verdacht aus, der Verlag Hoffmann u. Campe habe das Gedicht aus Liebedienerei nach „oben" aus den Werken Heines herausgenommen. Daß aber dieser Vorwurf nicht gerechtfertigt ist, dafür läßt sich jetzt ein Beweis geben; wir verdanken ihn Herrn A. Brintzer, der seit Jahresfrist in Berlin sich müht, den Verlag Hoffmann u. Campe zu neuem achtenswerten Leben zu erwecken, wozu sein Bestreben gehört, in Erinnerung an die rühmliche Vergangenheit des Verlags die Heine-Literatur durch schätzbare Drucke zu fördern. Am Todestage Heines lud er einen Kreis von Freunden und Mitarbeitern zu einer Gedenkstunde, in der er mit einem Griff in die literarische Hinterlassenschaft des alten Verlags eine Menge namhafter Schriftsteller-Persönlichkeiten aus den vierziger bis achtziger Jahren in Briefen reden ließ: Heine, Gutzkow, Wilhelm Marr Christine Hebbel, Ada Christan u. a. Dieser Schar gesellten sich auch zwei Buchhändler-Schreiben, die insofern bemerkenswert waren, weil sie — der eine wenigstens — jenen bisher fehlenden Beweis enthalten. Herr Brintzer hat dem Wunsche des „Vorwärts", sie veröffentlichen zu dürfen, dankenswert entsprochen. Der erste, ältere stammt aus Süddeutschland und lautet:

Herren Hoffmann u. Campe in Hamburg.

Nürnberg, 1. Dez. 1880.

Ich erachte es für kollegiale Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß gestern unbegreiflicherweise bei mir eine polizeiliche Haussuchung nach sozialistischen Schriften stattfand, welche zwar und selbstverständlich vollkommen resultatlos war, aber doch, was ich für Sie interessierend halte, die Konfiskation einer einzigen noch in meinem Besitz befindlichen Lieferung von Heines Werken (Aphorismen und abgebrochene Sätze enthaltend) mit sich brachte. Für den Fall Sie es für geboten halten sollten, daß ich eine Freigabe veranlassen soll, würde ich dies in Ihrem Interesse*) tun. Außerdem würde ich darauf für meine Person verzichten, da ich Heines Werke in einer Privatbibliothek habe und die einzelne Lieferung vollkommen wertlos ist.

Hochachtend C. Rüll
in Firma J. Loybecks Verlag.

*) d. h. im Interesse Ihres Verlagsunternehmens, welches meine wärmsten Sympathien hat.

Von der „Schloßlegende" ist in diesem Briefe nun zwar nicht die Rede. Aber immerhin läßt sich aus den Zeilen schließen, daß Heine mit irgendeinem Werke auf der polizeilichen Proskriptionsliste stand. Die suchenden Beamten hielten sich wohl, weil sie das angekreuzte Werk nicht fanden, kurzweg an den Namen des Dichters und sackten ein, was sie fanden. Doch gesucht wurde nicht nur in Nürnberg. Ein zweiter Brief legt dar, daß man auch in Berlin, der Zentrale der Polizeihatz gegen Heine an der Arbeit war, und er nun läßt keinen Zweifel daran, um welcher Schönheit willen der Eifer der Polizei flammte. Dieser zweite Brief lautet so:

Herren Hoffmann u. Campe, Hamburg.

Berlin, 11. Dezember 1880.

Da ich wegen eines bei mir konfiszierten Heine-Volksausgabe auf Montag, den 13. d. M. zum Termin geladen bin, würde ich Sie bitten, da ich wohl voraussetzen darf, daß Sie in der Angelegenheit wohlunterrichtet sind, mich umgehend in Kenntnis zu setzen, wie ich mich dabei am besten zu verhalten habe. Gleichzeitig würde ich Sie ersuchen, mir 4 Kartons zum Einkleben an Stelle der Schloßlegende per Kreuzband zu übersenden, und mir gleichzeitig mitzuteilen, ob Heine ohne die Schloßlegende unbeanstandet verkauft werden kann.

Ihnen im voraus bestens dankend, zeichnet

hochachtungsvoll

S. Modes, Sort.-Buchh., Poststr. 28.

Was Hoffmann u. Campe auf diesen Brief geantwortet (vielleicht hat der Verlag vorsichtigerweise wegen der Gefahr der Briefvergewaltigung geschwiegen), läßt sich nicht feststellen. Aber soviel geht aus dem Schreiben hervor, daß der Berliner Sortimenter wußte, weshalb ihm das Exemplar der Heine-Volksausgabe polizeilich weggenommen wurde. Die „Schloßlegende" war das Ziel. Sie mußte aus den Bänden herausgeschnitten werden. Und zweifellos nicht nur in Berlin, denn hier wirkte Reichsgesetz, auslegend und ausgebeutet nach dem Gewaltwillen der preußisch-deutschen nachtschwarzen Reaktion. Auers Liste der sozialistengesetzlich niedergestampften Schriften ist also um dieses Stück zu erweitern, und damit zieht auch der Name Heinrich Heine in deren Verfasserreihen ein. Denn dieser gehaßte Name fehlte dort bisher neben den andern Dichtern von Herwegh bis Henckell, es sei denn, daß das 1878 erfolgte Verbot des Liedrucks „Harfenmädchen" sich auf das einleitende bekannte Gedicht aus Heines „Wintermärchen" bezieht.

Wie die Aktion gegen die „Schloßlegende" in Fluß gekommen ist? Es geht die Rede, eben damals habe eines Tages ein Druck des Gedichtes auf dem Schreibtisch des alten Kaisers gelegen und heftigen Unwillen entbunden, nicht nur gegen diese Strophen, sondern gegen Heine überhaupt. Irgendwer soll schlagfertig versucht haben, den Groll durch den Hinweis zu glätten, das Gedicht sei gar nicht von Heine; amerikanische Drucker hätten es in seine Werke hineingeschmuggelt. Vielleicht ist dies Geschichtchen nur eine andere Schloßlegende. Jedenfalls aber steht fest, daß fortan das Heinesche Pasquill von oben her verpönt war. Das war ein natürliches Ergebnis, als der Gottesgnadenkitzel seiner stärksten Entwicklung zutrieb. Kein deutscher Verleger riskierte mehr, das Gedicht in die Werke Heines aufzunehmen, auch solche Verleger und Herausgeber nicht, bei denen von Liebedienerei vor den Hohenzollern ganz und gar nicht die Rede sein konnte. Sie fügten sich eben der notorisch das Sozialistengesetz überdauernden Gefahr, staatsanwaltlich belangt zu werden. Die aber hat erst mit der Novemberrevolution von 1918 ihr Ende gefunden, so daß heute — zunächst in der vom „Vorwärts"-Verlag veranstalteten Sonderausgabe der politischen Gedichte Heines „Wir weben! wir weben!" — die Schloßlegende endlich wieder den Platz füllen kann, der ihr fast vierzig Jahre lang gesperrt war.

frd.

„Volksbühne, Theater am Königsplatz". Die Verhandlungen zwischen der preußischen Staatsverwaltung und den Volksbühnen wegen der Kroll-Oper sind zum Abschluß gekommen. Die Volksbühnen erhalten die Gebäude und Anlagen für 25 Jahre. Die Ensembles der beiden Staatstheater spielen. Die Verschmelzung der „Freien Volksbühne" und „Neuen freien Volksbühne" steht bevor. Wir gehen auf diese wichtigen Vorgänge in der nächsten Nummer ein.

Für wahre gewerkschaftliche Betriebsräte!

Arbeiter! Angestellte!

Die unabhängige Bezirksorganisation Groß-Berlin, die Betriebsrätezentrale der U. S. P., der „rote" Vollzugsrat und die unabhängigen Drahtzieher in den Gewerkschaften sind lebhaft entrüstet, daß wir auf ihre scheinheiligen Manöver, womit sie auf eigene Vorschlagslisten bei den Betriebsrätewahlen angeblich verzichten und die Leitung der Wahlen den Gewerkschaften übertragen, nicht hereingefallen sind. Offenbar ist diesen Herrschaften nach ihrem Aufruf, worin sie zur Aufstellung revolutionärer Listen aufforderten, die Erkenntnis gekommen, daß sie damit eine große Torheit begangen hatten. Sie sagten sich, daß sie ja eigentlich gar nicht nötig hätten, mit diesen besonderen Vorschlagslisten vorzugehen, da sie auch bei der Aufstellung von Gewerkschaftslisten ihr Ziel erreichen könnten, daß nur ihre Anhänger aufgestellt würden, da sie zurzeit die Macht in den meisten Gewerkschaften haben. **Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß wir, bevor wir auf die uns aufgezwungene Aufstellung besonderer S. P. D.-Listen verzichten, erst Garantien verlangen, daß unter dem Deckmantel der Gewerkschaftslisten nicht der bisherige unabhängig-kommunistische und revolutionäre Rätéterror weitergetrieben wird und daß diejenigen Beschlüsse, die die Anhänger der S. P. D. in den Gewerkschaften bisher zu Mitgliedern zweiter Klasse gemacht haben, beseitigt werden.**

Es ist aber nur ein neuer Beweis für die schamlose Verlogenheit der Unabhängigen, wenn sie sich krampfhaft bemühen, uns die Schuld daran zuzuschieben, daß die politischen Richtungskämpfe in die Betriebsrätewahlen hineingetragen sind. Bereits Anfang Februar ließ der „rote" Vollzugsrat, der bekanntlich nur aus Unabhängigen und Kommunisten besteht, unter der Ueberschrift: Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte! Bereitet die Wahl revolutionärer Betriebsräte vor!" ein Flugblatt verteilen, in dem folgendes gesagt worden ist:

„Der „rote" Vollzugsrat hat im Einverständnis mit den Betriebsfunktionären beschlossen, allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten die Teilnahme an der Wahl zu den Betriebsräten zur Pflicht zu machen. Er fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, sofort die Wahlen revolutionärer Betriebsräte vorzubereiten. Nehmt nur im Kampf erprobte Genossen, die auch gewillt sind, das Banner des revolutionären Klassenkampfes voranzutragen. Ueberlaßt den Rechtssozialisten und Gelben nicht das Feld!

Schaltet sie überall aus und besetzt allein die Betriebsräte, dann werden Eure Betriebsräte, unterstützt durch Euren revolutionären Willen, das Feuer der sozialen Revolution zu schüren zum Untergange des fluch- und schuldbeladenen kapitalistisch-militärischen Systems.

Wir werden Euch in den nächsten Tagen durch unsere Vertrauensleute mit allem erforderlichen Material versorgen, aus dem Ihr die Richtlinien für Euer Verhalten bei Einleitung und Durchführung der Wahl entnehmen könnt. Des weiteren enthält dieses Material Informationen über dieses Schandgesetz, wie es ist und wie es sein sollte, und was Ihr daraus machen müßt."

Und die unter der Redaktion des Rätestrategen Richard Müller stehende „Metallarbeiterzeitung" schrieb in ihrer Nummer vom 14. Februar, deren Redaktion schon etwa eine Woche vorher abgeschlossen ist, in einem Artikel: „Bereitet sofort die Wahlen zu den Betriebsräten vor!":

„Was sollen die Betriebsräte? Mit dieser Frage müssen sich jetzt die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die revolutionären Räteorganisationen beschäftigen. Diese Frage ist hochpolitischer Natur. Sie muß überall, wo ihre Behandlung erfolgt, schwere politische Meinungskämpfe auslösen, ja, zu verschärften politischen Machtkämpfen führen, deren Formen und Wirkungen noch nicht zu übersehen sind."

Und an einer anderen Stelle in demselben Artikel heißt es:

„Damit wird das Gesetz zu einem politischen Tendenzgesetz allerschlimmster Art. **Der politische Tageskampf, der sich bisher zumeist außerhalb der Betriebe vollzog, wird nunmehr in die Betriebe gelegt.** Bereits vor der Wahl der Betriebsräte, bei der Aufstellung der Kandidaten werden diese gefragt werden: Wollt ihr die Unternehmerinteressen vertreten, wie es das Gesetz verlangt, wollt ihr als wirtschaftsfriedliche Mittelspersonen zwischen Arbeit und Kapital wirken, oder erblickt ihr eure Aufgabe in der rücksichtslosen Vertretung der Arbeiterinteressen und wollt ihr als Pioniere eines sozialistischen Gemeinwesens tätig sein? Das muß zu erbitterten Wahlkämpfen führen. Diese Kämpfe werden sich auch nach der Wahl fortsetzen, da ja schließlich überall politische Richtungen vertreten sind, die je nach ihrer Auffassung den Betriebsräten ihre Tätigkeit vorzuschreiben versuchen."

In ähnlicher Weise hat um dieselbe Zeit die unabhängig redigierte Schneiderzeitung sich geäußert. Weitere Beispiele können noch angeführt werden. **Nachdem so auf der ganzen Linie die unabhängigen Vorbereitungen im Gange waren und sich aus allen Maßnahmen klipp und klar ergab, daß von dieser Seite die Wahlen zu politischen Wahlen gemacht werden sollten, mußten auch wir entsprechende Vorbereitungen treffen.** Und erst jetzt wurde das Flugblatt unseres Vollzugsrats verbreitet, in welchem zur Vorbereitung eigener Listen der S. P. D.-Anhänger aufgefordert wurde. Es ist also elende Heuchelei, wenn die Unabhängigen jetzt behaupten, daß sie erst durch dieses Flugblatt zu ihrem selbständigen Vorgehen veranlaßt worden sind. **Der Aufruf in der „Freiheit", der zur Aufstellung „revolutionärer" Listen auffordert, nimmt mit keinem Wort Bezug auf unsere Vorbereitungen, sondern zeigt vom ersten bis zum letzten Wort, daß es sich dabei um ein ganz selbständiges und von vornherein beabsichtigtes Vorgehen der Unabhängigen handelt.**

Es ist deshalb auch vollkommen unberechtigt, uns vorzuwerfen, wir wollten die gewerkschaftliche Disziplin nicht halten. Das haben wir stets getan, und wir haben auch in dieser Frage keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir vollkommen auf dem Boden der Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehen. **Wir sind aber nicht gewillt, uns den unabhängigen Drahtziehern in den Berliner Gewerkschaften zu unterwerfen, die die Richtlinien zum Schein anerkennen und in Wirklichkeit das Gegenteil davon tun wollen. Wenn man von jener Seite den Beweis liefert, daß man tatsächlich mit der politischen Terrorpolitik in den Gewerkschaften aufhören will, dann wird auch ein Zusammenarbeiten wieder möglich sein.** Unser Kampf bei den Betriebsrätewahlen ist also gleichzeitig auch ein Kampf für den wahren gewerkschaftlichen Charakter unserer Organisationen und für wahre gewerkschaftliche Disziplin. **Wir fordern unsere Genossen in den Gewerkschaften auf, sich durch keine Schwindelnachrichten der Unabhängigen und Räteanhänger verwirren zu lassen, sondern mit aller Macht für ihre starke Vertretung in den Betriebsräten zu kämpfen.**

Der Vorstand
der Bezirksorganisation Groß-Berlin der S. P. D.
Der Vollzugsrat der S.-P.-D.-Arbeiterräte Groß-Berlins.

Die Verteuerung des Posttarifs.

Wie die Eisenbahn, leidet auch die Postverwaltung unter einem ganz erheblichen Defizit. Die gegenwärtigen Gebühren reichen nicht mehr aus, die erforderlichen Verwaltungs- und Betriebskosten zu decken. Die Verhandlungen zwischen Verkehrsbeirat und Reichspostverwaltung, die nunmehr abgeschlossen sind, haben als Resultat eine Verteuerung der Postgebühren **um teilweise über 100 Proz.** Als wichtigste Neuerungen gelten für

Briefe:

Der Unterschied zwischen Orts- und Fernverkehr fällt fort; **einfache Briefe** kosten 30 Pf., Postkarten 20 Pf., Briefe über 20 Gramm 50 Pf. Bei Briefen mit Wertangaben kommt zu der einfachen Briefgebühr von 30 Pf. die Einschreibegebühr, die von 30 auf 50 Pf. und eine Versicherungsgebühr, die von 40 Pf. auf 1 M. für je 1000 M. erhöht wird.

Postanweisungen kosten künftig bis 50 M. 50 Pf., bis 200 M. 1 M., bis 500 M. 1,50 M., bis 1000 M. 2 M. Nur der Postscheckverkehr bleibt von jeder Gebührenerhöhung frei.

Die Gebühren für Drucksachen und Geschäftspapiere werden dreifach auf das Doppelte erhöht (bis 50 Gramm 10 Pf., bis 100 Gramm 20 Pf., bis 250 Gramm 40 Pf., bis 500 Gramm 60 Pf., 1 Kilogramm 80 Pf.)

Die Gebühr für Rohrpostbriefe wird auf 1,20 M. erhöht. Die Eilbestellgebühr wird verdoppelt.

Pakete

kosten in der Nahzone bis 5 Kilogramm 1,25 M. (bisher 75 Pf.), bis 10 Kilogramm 2,50 M. (1,50 M.), bis 15 Kilogramm 5 M. (3 M.), bis 20 Kilogramm 10 M. (4 M.). In der Fernzone bis 5 Kilogramm 2 M. (1,25 M.), bis 10 Kilogramm 4 M. (2,50 M.), bis 15 Kilogramm 8 M. (5 M.), bis 60 Kilogramm 16 M. (6 M.).

Wertpakete erfahren ebenfalls eine erhebliche Verteuerung. Zu dem gewöhnlichen Paketporto und der Einschreibgebühr von 50 Pfennigen kommt auf Wertpakete künftig eine Versicherungsgebühr, die bis 500 M. 1 M., bis 1000 M. 2 M. und für je weitere 1000 M. weitere 2 M. betragen soll.

Der Zeitungstarif

brachte der Post bisher für jedes Exemplar 1,69 Pf., während die Zustellgebühr in Berlin 5 bis 6 Pf., auf dem Lande noch viel mehr betrug. Von nun ab soll die Zeitungsgebühr auf eine völlig andere Basis gestellt werden. Bei Zeitungen mit einem Durchschnittsgewicht von weniger als 20 Gramm pro Exemplar werden für jedes Exemplar 3 Pf., beim Gewicht von 50 Gramm 4 Pf., von je weiteren 50 Gramm je weiter 1 Pf. erhoben. Bei den großen Zeitungen bedeutet das eine Zeitungsgebühr von rund 3 Mark für das Vierteljahr.

Telephonverkehr.

Bei Orten mit bis 100 000 Anschlüssen beträgt statt bisher 300 M. die Pauschgebühr 800 M. Dies trifft für Berlin zu. Die Grundgebühr für Berlin steigert sich nach dem neuen Tarif auf 480 M. Die Ortsgebühr für das einzelne Gespräch (nach Grundgebühr) wird fortan 20 Pf. kosten.

Außerdem wird voraussichtlich für einen Hauptanschluß 1000 Mark, für einen Nebenanschluß 200 M. als Unterhaltungsgebühr gefordert werden, und zwar gilt das für neue wie für bereits bestehende Anschlüsse. Ferngespräche, die bis 100 Kilometer 1 M., bis 500 2 M., bis 1000 3 M., über 1000 4 M. betragen, werden in Zukunft verdoppelt werden. Ein dringendes Gespräch kostet dreifache Gebühr. Daher würde ein dringendes Ferngespräch von über 1000 Kilometer nicht weniger als 24 Mark kosten.

Streikschutz für Untreue.

Nach Blättermeldungen teilte der badische Finanzminister Wirth in der Landtagssitzung mit, wegen Beraubung einer größeren Zahl von Eisenbahnwagen auf dem Rangierbahnhof Mannheim befänden sich **76 Beamte und 103 Staatsarbeiter** in Untersuchungshaft. Der Verband des Deutschen Verkehrspersonals der Mannheimer Ortsgruppe ersuchte Wirth, weitere Verhaftungen zu unterlassen und alle zurückliegenden Fälle zu amnestieren. Falls diesen Wünschen nicht entsprochen werde, würde das Rangierbahnhofspersonal den Dienst einstellen. Wirth erklärte, er müsse es entschieden ablehnen, der Justiz in die Arme zu fallen. Diese Streikdrohung sei unerhört.

Auch wir können, falls diese Darstellung wirklich zutrifft, einen solchen Streikbeschluß nur schärfstens mißbilligen. Zugestanden, daß die Versuchung zu Veruntreuungen heute besonders groß ist, so dürfen doch Arbeiter und Beamte auf keinen Fall solche Handlungen in Schutz nehmen und gar die Waffe des Streiks dazu mißbrauchen, um den Tätern Amnestie zu verschaffen. Schwerer könnte dieses Kampfmittel der Arbeiterschaft gar nicht diskreditiert werden. Vor allem müssen sich aber auch Arbeiter und Beamte sagen, daß auf diese Weise die Wiederherstellung von Ordnung und Recht geradezu unmöglich gemacht wird.

Blutige Unruhen in Niederbayern.

In Straubing kam es zu schweren Unruhen. Nach einem Wolffbericht **stürmte eine verhetzte Menge das Landgerichtsgefängnis und befreite zwei verhaftete Schwarzschlächter. Nach den Beamten der Landeswucherabwehrstelle, welche die Verhaftung vorgenommen hatten, wurde vergeblich gesucht. Bürger- und Reichswehr wurden aufgeboten. Es kam zu Kämpfen, wobei es auf der Seite der Demonstranten zwei Tote und Verwundete gab. Unter den Toten befindet sich ein Redakteur der sozialdemokratischen „Neuen Tagespost", der die aufgeregte Menge beruhigen wollte. Die Fleischerinnung hatte nach der Verhaftung der beiden Schwarzschlächter erklärt, daß die Geheimschlachtungen leider aufhören müßten. Sollte dies die Erregung verursacht haben? Die Masse dürfte doch nicht aus lauter Schweinebesitzern und Schleichhandelsinteressenten bestanden haben.**

In Passau wurde eine Theatervorstellung für die freien Gewerkschaften, in welcher das Drama „Kurt Eisner" aufgeführt wurde, durch Reichswehrsoldaten und Studenten gesprengt. **Es kam zu Schlägereien vor dem Gebäude, wobei einige Personen verletzt wurden. Die Garnison (soweit sie nicht im Theater randalierte! Red.) wurde alarmiert und säuberte den Platz.**

Berichtigung. Die ungarischen Offiziere verlangen nicht, wie es in unserer heutigen Morgenausgabe heißt, daß Ausfuhrbewilligungen nur an Christen verteilt werden, sondern daß nur Christen mit ihnen versehen werden, das heißt auf deutsch, daß die Handelsjuden gezwungen werden sollen, sich einen Einfuhrchristen zu mieten.

Wirtschaft.

Die alte und die neue Wirtschaft.

Ein Gespräch mit Oskar Tietz.

Wenn Vater und Sohn Freunde sind, so zeigt das, daß das Alter es versteht, sich in die Gedanken der neuen Zeit hineinzufinden und mit dem Fortschritt zu leben. Die Erfolge des Warenhausbesitzers O. Tietz, der ein Geschäftshaus nach dem anderen erbaute, sprechen für die Fähigkeit dieses Wirtschaftsführers, sich den wechselnden Bedürfnissen der Zeitenfolge anpassen zu können. Und dennoch, wenn man mit diesem Manne spricht, der in der Erscheinung unserem Genossen Robert Schmidt mit der großen Brille ähnelt, erfährt man bald, daß für ihn der neue Begriff „Gemeinwirtschaft" etwas ganz anderes bedeutet als für den Mann der kommenden Zeit. Wenn jemand etwas unternimmt, das den Bedürfnissen der Massen gerecht wird, wenn ein Warenhaus sich die Massen als Abnehmer dauernd erfolgreich erhalten kann, dann hat ein solcher Unternehmer, sagt Tietz, etwas Gemeinwirtschaftliches geschaffen. Ein Kaufmann kann auf die Dauer nicht vom Schwindel leben, weil er das Vertrauen und den Zuspruch verliert, solche Geschäfte und solche Warenhäuser sind bald zugrunde gegangen und werden es immer tun. Aus diesem Auffassungskreis heraus betrachtet sich Tietz als einen Vertreter der Gemeinwirtschaft. Tietz ist ein erfolgreicher **Praktiker**, der keine Zeit gefunden hat, in die Gedankenwelt des Sozialismus sich tiefer hineinzugraben, für den ein günstiger, ein billiger Einkauf eines Postens Ware die größte Bedeutung hat, der sich herzlich freut, wenn es ihm gelungen ist, seiner Kundschaft ein besonders günstiges Kaufangebot machen zu können.

Vor etwa zwanzig Jahren, als die Kaufhäuser im scharfen Kampf gegen die Mittelstandsbewegung standen, habe ich Tietz auf die Aufgaben hingewiesen, die die Warenhäuser bei ihren Riesenumsätzen auf dem Gebiet der Qualitätssteigerung der Waren erfüllen könnten, denn die Verbraucher, die Laien sind, wollen die Gewißheit erlangen, daß, wenn sie etwas kaufen, sie sicher sein können, daß sie für den angelegten Preis eine Ware erhalten, die die beste ist, die zu diesem Preis überhaupt hergestellt werden kann. Der Käufer will sich nicht durch verlockende Angebote täuschen lassen, er will nicht bloß einen einzelnen Artikel mal besonders billig kaufen und dabei andere über den richtigen Preis bezahlen. Eine **Ordnung**, die uns eine gleichmäßige Versorgung mit allen Waren zu den günstigsten Bedingungen nicht bloß in diesem oder jenem Warenhaus, sondern **überall** ermöglicht, eine solche Ordnung nennen wir Sozialisten **Gemeinwirtschaft**. Ob diese Versorgung der Staat, die Gemeinde oder irgendwelche sonstige Organisation besorgt, ist dabei von geringerer Wichtigkeit. Die Sozialisierung der Waren- und Kaufhäuser lehnt Tietz grundsätzlich nicht ab, er glaubt vielmehr, daß die jetzige Zeit der Warenknappheit nicht die geeignete ist, diesen Schritt zu machen. Ich hielt ihm entgegen, daß gerade der jetzige Zustand, bei dem sich so viele Einkäufer auf die geringen Warenvorräte stürzen, der eine sie dem anderen abzujagen trachtet und dabei die Warenpreise unverhältnismäßig in die Höhe getrieben werden, eine Organisation, eine Vereinigung der einkaufenden Stellen dringend notwendig sei. Tietz erwiderte, daß solche Zentralstellen noch weniger Waren zusammenholen könnten als die große Zahl von Aufkäufern der einzelnen selbständigen großen Unternehmer. Das mag im Augenblick richtig sein, wo die Riesenzahl von ausländischen Aufkäufern bei der mangelhaften staatlichen Ordnung der Ausfuhrüberwachung besteht. Ich hielt Tietz entgegen, daß ein Trust der Warenhäuser eine solche Macht darstellen würde, daß viele Fabrikanten es in Rücksicht auf die Zukunft doch mehr vorziehen werden, die Verbindung mit einem solchen Großabnehmer sich zu erhalten, daß der Trust aber vor allem in größtem Umfange zur Eigenproduktion übergehen könne. Weil uns jedes Gefühl für den zurzeit richtigen Preis der Waren abhanden gekommen ist, blüht heute der Handel wie nie zuvor, wächst die Zahl der Händler trotz der verringerten Warenmengen und erzielen alle unerhörte Profite. Ein alter Praktiker wie Oskar Tietz, für den die Ware eine größere Bedeutung hat wie das Prinzip, nach dem sie verteilt wird, ist für eine so große Aufgabe, wie die Zusammenfassung der Waren- und Kaufhäuser zu einer einheitlichen Organisation für die Warenbeschaffung und Preisbestimmung nicht so ohne weiteres zu gewinnen. Er ist der Vorsitzende seines Verbandes und vieler anderer Verbände, die an der Erhaltung der freien kapitalistischen Wirtschaft mit allen Kräften festhalten, weil ihre Mitglieder bei diesem System eben Kapitalien bilden können, die ihnen **Machtpositionen** schaffen. Die Zentralisation, die planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft, in der es keine Geschäftsgeheimnisse mehr geben wird, sondern offen, ehrlich und klar eine Spekulation auf die Unwissenheit der Käufer geächtet wird, sie wird kommen. Daran zweifelt auch Tietz nicht. Es bleibt daher die große Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft, ihre Macht dafür einzusetzen, daß die Eigeninteressen des Kapitals, das sich seine außerordentliche Vorzugsstellung erhalten will, überwunden werden, daß die Interessen der Volksgesamtheit für die Produktion und die Verteilung der Güter die Richtlinien und die Grundsätze bestimmen.

Dr. A. Striemer.

Die Zulagen zur Lebensmittelverbilligung.

Die 3½ Milliarden, die seinerzeit als Zuschuß zur Verbilligung der wichtigsten Lebensmittel bewilligt wurden, sind nunmehr aufgebraucht worden. Wie wir hören, ist anzunehmen, daß ein neuer Zuschuß angefordert werden wird. Die Verhandlungen hierüber schweben noch, doch dürfte die Vorlage über die Anforderung eines neuen Kredits schon in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen.

Auf dem einmal beschrittenen Wege der Zuschußgewährung aus Reichsmitteln bewegen wir uns weiter. Die Notenpresse wird das nötige Quantum Papierzettel zu liefern haben, die Verschuldung sich entsprechend erhöhen, die um 3½ Milliarden **künstlich** vergrößerte Kaufkraft alle Warenpreise weiter in die **Höhe treiben.** Das ist der Enderfolg dieser Maßnahme, die im Augenblick unumgänglich ist, die aber doch durch andere großzügige wirtschaftlich-organisatorische Maßnahmen baldigst ersetzt werden muß! Von der Erfassung der gewaltigen Valutagewinne der Exporteure hören wir nichts mehr, dagegen steigen die Inlandspreise gewaltig und erhöhen sich die Produktionskosten ins Unabsehbare. Die unabwendbare Folge ist ein weiteres Sinken unserer Valuta. Bei der ungeheuren Verteuerung der übrigen wichtigsten Bedarfsartikel, vor allem der **Kleidung**, wird allem Anschein nach eine ähnliche Aktion eingeleitet werden müssen, denn die Massen werden bald nicht mehr wissen, wie sie sich vor der Verlumpung retten sollen.

Die Erzversorgung der Hochofenwerke in Oberschlesien ist zurzeit befriedigend. Aus Schweden kommen Magneteisensteine in ausreichender Menge. Das Siegerland liefert recht gut; neuerdings kommen auch große Mengen aus Bayern.

Gewerkschaftsbewegung

Die radikale Gewerkschaftsopposition.

Seit Jahr und Tag arbeiten die unentwegten Schreier in den Berliner Gewerkschaften an der Radikalisierung der Vorstände. In verschiedenen Fällen ist ihnen das auch gelungen mit dem Erfolg, daß die praktische Gewerkschaftsarbeit in keinem Falle gefördert, oft sogar empfindlich gestört worden ist. Wo der Prozeß der Radikalisierung keine Störung der praktischen Arbeit zur Folge gehabt hat, da sind die Vertreter des unentwegten Vorradikalismus sehr enttäuscht. Der ungestörte Fortgang der bewährten gewerkschaftlichen Arbeit läßt sich mit dem radikalen Phrasentum nicht vereinbaren. Also fangen die Phrasenhelden, damit sie aller Vernunft zum Trotz auf ihre Rechnung kommen, aufs neue an, zu radikalisieren.

Ein typisches Beispiel für diese Art der Umstellung der Gewerkschaften auf die radikale Phrase bieten die letzten Vorgänge in der Berliner Mitgliedschaft des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren. Der örtliche Vorstand ist vor einem Jahr so zusammengesetzt worden, daß zwei Drittel seiner Mitglieder der U. S. P. und ein Drittel der S. P. D. angehören. Die Radikalisierung war also sehr gründlich vollzogen. Auch der Vorsitzende ist ein entschiedener Unabhängiger. Aber zum Glück für die Organisation waren die in den Vorstand gewählten Unabhängigen nicht blind für das, was die praktische Gewerkschaftstätigkeit erfordert. Vor die unabweisbaren Aufgaben des Tages gestellt, sahen sie ein, daß sie nur erfüllt werden konnten auf dem Boden der alten bewährten Gewerkschaftstaktik. Daraus ergab sich dann ganz von selbst, daß die Vorstandssitzungen nicht, wie es die Mitgliederversammlungen seit längerer Zeit sind, zum Tummelplatz von Kämpfen zwischen den beiden politischen Richtungen gemacht wurden, sondern der Vorstand arbeitete friedlich und kollegialisch zum Besten der ganzen Mitgliedschaft zusammen.

Das konnten die ganz Radikalen nicht ruhig mit ansehen. Wo es nicht fortwährend Krach und Radau gibt, da sind nach ihrer Auffassung die Vorbedingungen des proletarischen Klassenkampfes nicht erfüllt. Also nahmen sie die erste Gelegenheit wahr, um den Vorstand aufs neue zu radikalisieren. Das kam schon bei der Aufstellung der Kandidatenliste zum Ausdruck. Bisherige unabhängige Vorstandsmitglieder wurden

durch radikalere Unabhängige ersetzt.

Aber den ganz Radikalen genügte auch das noch nicht.

In der Generalversammlung am 22. Februar traten sie mit einer eigenen Kandidatenliste hervor, die nur Unabhängige enthielt, die sich äußerst radikal gebärden. An Stelle des bisherigen, der U. S. P. angehörenden Vorsitzenden Schumann stand Liefländer, ebenfalls ein Unabhängiger, aber jeder praktischen Arbeit feindlicher Phrasenheld, auf der Liste der unentwegten Opposition. Auch im übrigen hatte die Opposition dafür gesorgt, daß alles so klappe, wie sie es beabsichtige. Liefländer hielt eine lange Kandidatenrede, dann wurde Schluß gemacht und die ganze Liste der Opposition zur Abstimmung durch Handaufheben gestellt. Mit Not und Mühe gelang es der Gegenseite, durchzusetzen, daß wenigstens der Vorsitzende, wie es das Statut vorschreibt, durch Stimmzettel gewählt werden sollte. Die ganze übrige Liste der Opposition wurde durch Handaufheben gewählt. In der Generalversammlung am 29. Februar siegte dann in geheimer Abstimmung der bisherige Vorsitzende Schumann mit einer sehr geringen Mehrheit über seinen Gegenkandidaten Liefländer. Weil bei der Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder am 22. Februar Verstöße gegen das Statut vorgekommen sind, hat der Verbandsvorstand in Uebereinstimmung mit dem Beirat die Wahl für ungültig erklärt und angeordnet, daß eine erneute Wahl geheim und durch Urabstimmung zu erfolgen hat.

Voraussichtlich wird es der radikalen Opposition dann ebenso gehen, wie bei der Wahl des Vorsitzenden. Wo die Mitglieder unbehelligt durch die Terroristen abstimmen können, da ist immer noch auf einen Sieg der Vernunft über die Phrase zu rechnen.

Ueber einen drohenden Konflikt im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe

wird uns mitgeteilt: Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker hat seit dem 27. 2. in Berlin getagt, um über die Forderung der Gehilfenschaft auf weitere Teuerungszulagen zu beraten. Die Beratungen sind nach fünftägiger Dauer ergebnislos verlaufen. Auch der Spruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums, den die Gehilfen angerufen hatten, ist als unerfüllbar abgelehnt worden.

Zum Streik in der Berliner Stroh- und Damenhutindustrie.

In hiesigen Tageszeitungen werden durch Inserate Hutmacher gesucht. Wir weisen darauf hin, daß der Streik weitergeht, da die Forderungen noch nicht bewilligt sind.

Wir hoffen, daß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und Arbeiterinnen weiter gewahrt bleibt und die Inserate unberücksichtigt bleiben. Wir bitten daher, den Zuzug streng fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Ein Fortschritt. Die letzte Nummer des Nachrichtenblattes des Reichswanderungsamtes enthält eine ausführliche Mitteilung über die Schwierigkeiten und Differenzen, die in Schweden infolge der Einführung des Achtstundentages zurzeit bestehen und knüpft daran wörtlich folgende Warnung:

„Eine Auswanderung deutscher Arbeiter nach Schweden erscheint unter den obwaltenden Umständen bedenklich."

Daß ein amtliches Organ eine so verständige Warnung bringt, ist gewiß anzuerkennen und verdient als ein Fortschritt anerkannt zu werden.

Die Hungerlöhne im Portierberuf.

Der Portier — gleichviel ob in der Fabrik, im Geschäfts- und Industriepalast oder im allermodernsten Luxusbau in Berlin W —, gehört zu jenen Arbeitern, die sich in elender, wirtschaftlicher Lage befinden.

Es ist daher an der Zeit, einmal die breiteste Oeffentlichkeit über die miserable Entlohnung dieser Kategorie aufzuklären. Dazu mögen einige hier von der Organisation angeführte Beispiele dienen.

In der Cyklonette-Maschinenfabrik in Lichtenberg ist der Portier täglich 16 Stunden (von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends) im Dienst. Er erhält dafür monatlich 300 M. und freie Wohnung. Für diese Bezahlung muß er angestrengt Dienst tun und die Millionenwerte seines „Brotherrn" bewachen und hüten. 20 Jahre arbeitet der Portier dort bereits für kärgliche Bezahlung.

In den Deutschen Kabelwerken, Lichtenberg, tut der Portier schon 25 Jahre Dienst und zwar 14 Stunden täglich; er erhält dafür 340 M. monatlich. Jetzt ist er, weil zu alt, gekündigt worden.

Der Portier in den Kammerichschen Werken, Fennstraße 27, erhält als langjähriger Angestellter bei täglich 15- bis 16stündiger Arbeitszeit monatlich 240 M. ohne Wohnung; ihm ist bei Mehrforderung mit Entlassung gedroht.

Das Geschäftshaus Linkstraße 20, ein mit dem raffiniertesten Luxus ausgestatteter Geschäftspalast, beschäftigt seinen Portier schon 20 Jahre. Dieses Unternehmen, Inhaber Schilderfabrik Schmiedel, zahlt für täglich 15 Stunden Arbeitszeit sage und schreibe die horrende Summe von monatlich 100 M. nebst freier Wohnung in einem Keller. Für diese Entlohnung muß Mann und Frau tätig sein.

Die Lebensversicherungs-Gesellschaft für Armee und Marine besitzt Linkstraße 21 ein großes Bureauhaus. Die Reinhaltung der Bureaus, es sind 25, ist neben der Treppenreinigung gleichfalls dem Portier übertragen. Auch die Bedienung der Niederdruckheizanlage gehört zu seinen Obliegenheiten. Hier sind drei erwachsene Personen täglich zirka 15 Stunden tätig

Entlohnung für alle drei Personen zusammen monatlich 150 M. und freie Wohnung.

Diese wenigen Beispiele dürften zur Charakterisierung der in obigem Berufe herrschenden Zustände genügen.

Der Portier, der doch eine gewisse Vertrauensstellung bekleidet, wird wie ein Bettler abgespeist und muß sich mit Brosamen begnügen, die ihm die milde Hand seines Arbeitgebers zuweist.

Ist es nicht geradezu ein Wunder, wenn in diesen Häusern und Fabriken nicht mehr gestohlen wird? Ganz schuldlos an diesen mißlichen Zuständen sind die Portiers allerdings auch nicht. Hätten sie schon eher den Weg zu ihrer Berufsorganisation gefunden, so wären derartig traurige Verhältnisse längst geändert. Aber leider gibt es in diesem Berufe noch zu viel knechtische Naturen, die da glauben, die Gnade ihres Brotherrn wird ihnen schon einmal zu besserer Lebenslage verhelfen, statt sich ihrer Berufsorganisation, dem „Deutschen Portier-Verband", Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, anzuschließen.

Ehe die Kollegen nicht zur Erkenntnis ihrer elenden, wirtschaftlichen Lage gekommen sind, müssen sie leider unter diesen tieftraurigen Mißständen weiter kranken.

An Stelle männlicher, weibliche Hilfskräfte.

Mitteilungen des Zentralverbandes der Angestellten zufolge erklärt der Herr Reichspostministers Giesberts in einer Verfügung, daß, da die zur Behebung der Arbeitslosigkeit bei den Postscheckämtern vorübergehend eingestellten männlichen Hilfskräfte im Beamtendienst sich im allgemeinen für diesen Dienst wenig tauglich erwiesen hätten, die allmähliche Entlassung dieser Aushelfer mit Ausnahme der Kriegsbeschädigten erfolgen müsse. Die Behauptung der Untauglichkeit der männlichen Hilfskräfte ist vorher durch nichts erwiesen und der Herr Postminister ist zweifellos das Opfer einer einseitigen und falschen Information seiner Untergebenen geworden. Vielleicht trifft die Behauptung für einen ganz geringen Teil zu. Deshalb braucht man doch aber nicht alle männlichen Hilfskräfte zu entlassen. In der Verfügung heißt es aber weiter: „Als Ersatz sollen in erster Linie die für den Postscheckdienst besonders geeigneten weiblichen Kräfte dienen. Die Oberpostdirektion wolle schon jetzt für die Heranziehung und Ausbildung einer ausreichenden Zahl weiblicher Aushelferinnen sorgen. Von der Einstellung neuer männlicher, nicht kriegsbeschädigter Aushelfer im Beamtendienst ist abzusehen." Warum man die männlichen Kräfte, es handelt sich meistens um Kriegsteilnehmer, entlassen und dafür junge Mädchen einstellen will, ist wohl nicht schwer zu erraten. Brauchbarer sind sie jedenfalls nicht, aber billiger und was die Hauptsache ist — gefügiger. Dafür können die zum Teil verheirateten Männer sehen, wie sie weiterkommen.

Versammlung der Wach- und Schließangestellten.

In einer sehr stark besuchten Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses nahmen die Wach- und Schließangestellten den Bericht der Branchenleitung vom verflossenen Jahre entgegen. Hierauf gab Leube einen Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern betreffs Regelung der Teuerungszulagen. Mit Ausnahme von drei Gesellschaften, welche ab 1. Januar in ein neues Tarifverhältnis eingetreten sind, ist es gelungen, überall ab Januar Teuerungszulagen auf die bestehenden Tariflöhne durchzusetzen. Dieselben belaufen sich für die Monate Januar, Februar und März bei der Berliner Wach- und Schließgesellschaft sowie Oberspree auf 85—200 M., Adlershof 105 M., Schöneberger Wach- und Schließgesellschaft 115—168 M.

Bei der Wachgesellschaft Krenz & Co. mußten 178 Wächter, Wächterinnen und Kontrolleure in den Streik treten, da die Gesellschaft sich weigerte, eine Teuerungszulage zu gewähren. Nach sechs Tagen wurde der Streik erfolgreich beendet; erreicht wurden 140 M.

Mit den Nachtwachinstituten der Grundbesitzervereine wurde bis Ende Februar vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin eine Erhöhung der Einstellungslöhne von 25 bis 30 Proz. festgesetzt. Für Monat März sollen in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden.

Der Referent erläutert alsdann den neuen Lohntarif, welcher den Unternehmern unterbreitet worden ist. Die von der Vertrauensmännerkonferenz aufgestellten Forderungen sind in Anbetracht der immer mehr steigenden Teuerung bescheidene zu nennen. Er hoffe, daß diesmal gemeinsame Verhandlungen mit allen Wachgesellschaften stattfinden werden, da die Unternehmer sich zu einer Tarifgemeinschaft zusammengeschlossen hätten. Sollte jedoch den berechtigten Forderungen der Wachangestellten nicht Rechnung getragen werden, so würde die Organisation mit allen Mitteln versuchen, dieselben zur Anerkennung zu bringen. Des weiteren kam der Referent auf die freien Nächte zu sprechen, die in vielen deutschen Städten durch Tarifverträge bereits zur Durchführung gelangt sind. Als der Redner erklärte: Ohne freie Nächte kein Tarifabschluß!, fand er stürmischen Beifall. Sollten die Unternehmer nicht die Zeichen der Zeit verstehen, dann würde die Organisation den Kampf aufnehmen. Die Bezirksverwaltung hätte bereits ihre Zustimmung zur Durchführung der Lohnbewegung erteilt.

Eisenbahner-Werbeausschuß. Heute nachmittag 4—6 Uhr, Bureau, Auskunft, Karteilegung. Abends 6 Uhr: Sitzung aller Vertrauensleute oder deren Vertreter.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 5. März: Fachgruppe 7 (Angestellte der Waren- und Kaufhäuser, Spezialgeschäfte), abends 7 Uhr, Sophiensäle, Sophienstr. 17/18. Stellungnahme zu den Betriebsräten wahlen. — Fachgruppe 13 (Angestellte der chemischen Industrie und des Großhandels), abends ½8 Uhr, Central-Festsäle, Alte Jakobstraße 30/32. — Fachgruppe 14c (Maschinenbau, Werkzeugfabriken, Gießereien), abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. — Fachgruppe 16c (Angestellte der Buchdruckereien und Buchbindereien), abends ½8 Uhr, im Verbandsbureau, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Nur kein Neid!
Kupfer bis 26 M., Messing 15,25 M.
Blei bis 11 M., Reinzinn 80 M.
Alte Zinngeschirre, Bierschlangen usw.
Quecksilber, zahlt allerhöchste Tagespreise
nur Metallschmelze, Prinzessinnenstraße 17,
neben Wertheim (Moritzplatz).
Große Posten Extrapreise

Juwelier Siegele
Berlin NW
Friedrichstrasse 23
Brillanten von höchstem Feuer
Perlen

Platin höchsten Preis
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch
Gebisse Zahn **20,00 M.**
kauft **Linke** Büchnerstraße 40 Port. 2. II. 9—7 Uhr.

Altmetalle!
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Gold und Silber kauft über Tagespreise
Althandlung Bärwaldstr. 48,

Sie haben einen Vogel
abgeschossen, wenn Sie Ihre
Metallabfälle und Alteisen
nur an mich verkaufen. Zahle stets höchste Tagespreise.
Eisen- und Metallgroßhandlung Willy Seydlitz.
Hauptgeschäft:
Neukölln, Liberdastraße 4. Tel.: 9405.
Nur für engros.
Detailankaufsstellen: Hermannpl. 4, Böhmische St. 16 (nahe Richardpl.)
Berlin, Schönhauser Allee 151. — Pücklerstraße 33.
Größere Posten werden abgeholt.
Post- und Bahnsendungen werden prompt erledigt.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins.

„Was Familie Krause über URBIN denkt" (3)

„Urbin"
Ernst Krausens Aeltste spricht,
Betrügt ein armes Mädchen nicht,
Den ältesten Schuh küßt es erblitzen,
Und niemals küßt es einen Sitzen."

Schuhputz „Urbin" überall zu beziehen!
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Nutzeisen
Ankauf Verkauf
Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen
haben ab Lager abzugeben
Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg
Rittergutstr. 47/48. Tel.: Lichtenberg 646/647.
Nutzeisenabteilung: 8340*
Maybach-Ufer 18/19, Nähe der Kompaser Brücke.

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaux, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 186 nahe Rosenthaler Platz bei Hauptzugang Brunnenstraße 7
Möbel-Lechner,
Geöffnet von 8—6

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Ballschanstr. Friedrichstr. 185, Hochpt., Ecke Unter den Linden, gegenüb. d. Viktoria-Café. Amt. 1060

Alte Gebisse
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.
Einzelne Platinstiftzähne von 21,25—200 Mark,
jedoch nicht unter 21,25 M. pro Zahn,
Platin-Brennstifte, Kontakte usw.
bis 320 Mark pro Gramm.
Gold, Silber, Geräte, Schmucksachen und Juwelen kauft zu den höchsten Tagespreisen
täglich von 9 bis 8 Uhr abends
J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,
Vorderhaus links parterre.
Sonnabend nur von 6 bis 8 Uhr abends.

Ausnahmezustand und Düsseldorfer Verordnung.

Die Nationalversammlung hatte am Mittwoch auf der Tagesordnung zwei Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Aufhebung des Belagerungszustandes im Reiche und besonders in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden.

Abg. Dr. **Cohn** (U.-Soz.): Die Verordnung des Reichspräsidenten für Rheinland-Westfalen ist der Nationalversammlung erst vor zehn Tagen zugegangen. Sie zeigt, daß sich gerade in Preußen seit der Revolution gar nichts geändert hat. Die Vorgänge am 13. Januar vor dem Reichstag wurden als Vorwand angegeben. Das ist eine offenbare Unwahrheit. Denn die erste Verordnung ist schon vom 11. Januar. (Hört, hört! bei den U. Soz.) Die Verordnung bezweckt nur die Niederzwingung der Bergarbeiter und die Vergewaltigung der Arbeiterklasse. Es ist, als ob man den Reichskanzler Bauer hörte, wenn man die Rede Bethmann Hollwegs aus dem Jahre 1910 anläßlich des Moabiter Krawalls liest: „Deshalb," so sagte Bethmann, „bin ich auch der Ansicht, daß die Sozialisten eine Mitschuld an den Vorgängen tragen." Genau so, nur in gröberen Tönen, betet Herr Bauer nach: „Die Unabhängigen werden die Mitschuld nicht ableugnen können, sie tragen das Kainszeichen der Blutschuld auf ihrer Stirn." (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Stütze der Regierung ist

die Reichswehr.

Und gegen den Geist, der sich dort immer mehr zeigt, macht sich bis in die Kreise der Mehrheitsparteien stärkster Unwille bemerkbar. Unerhört und jeder Gerechtigkeit hohnsprechend sind die willkürlichen **Zeitungsverbote**, deren Gründe teils lächerlich, teils gemein sind. In einer großen Anzahl von Fällen läßt sich unmittelbar erkennen, daß der **Militärbefehlshaber** die unabhängige Partei treffen wollte, indem er zuerst die Zeitung verbietet, dann den Redakteur in Schutzhaft nimmt. Wie die anständigen Redakteure darüber denken, zeigen die Ausführungen des **„Vorwärts"-redakteurs** auf der Pressekonferenz, der sich in schärfster Weise gegen die Maßnahmen der Regierung wandte, die ungerecht und ungesetzlich seien. Unsere Berliner Versammlungen, auf denen die Abgeordneten nur Bericht über die Tätigkeit der Fraktion erstatten wollten, werden vom Polizeipräsidenten verboten. Aber auch in anderen Städten zeigt sich dasselbe, wie in Ostpreußen, wo der Militärbefehlshaber alle Versammlungen verbietet, um dadurch die Landarbeiter zu treffen. (Hört, hört! links.) Hand in Hand damit gehen natürlich Verbote an einzelne Personen. Es gebe nur ein richtiges Redeverbot — das gegen den Reichswehrminister Noske. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Selbst das Auswärtige Amt hat ihn unter Zensur gestellt, denn anscheinend betrachtet Noske die Auslandspolitik genau wie die Inlandspolitik ebenso als den Porzellanladen, in dem er herumwüten dürfe, wie eben — Noske. (Unerhört! bei der Mehrheit. — Sehr gut! bei den U. Soz.) Hunderte von unseren Parteigenossen sitzen unter kaum glaublichen Wohnbedingungen in Schutzhaft. Und gerade die Zeit vor den Betriebsrätewahlen benützt man eben dazu, um so die Wortführer des Proletariats unschädlich zu machen. Alle Beschwerden und Eingaben werden in unerhörter Weise verschleppt. Es widerstrebt meinem Gerechtigkeitsgefühl, ein so gutmütiges Tier wie den Esel zum Vergleich heranzuziehen, um zu zeigen, wie leicht man mit dem Belagerungszustand regieren kann. (Heiterkeit.) Der Reichswehrminister ist ermächtigt, im Westen **außerordentliche Kriegsgerichte einzusetzen, deren Zusammensetzung und Verfahren er und der betreffende Befehlshaber bestimmen kann. Das Ungeheuerlichste aber ist, daß von** diesen Gerichten für gewisse Straftaten

nur die Todesstrafe

verhängt werden kann, von der nur in wenigen Fällen abgegangen werden kann. (Unerhört! bei den U. Soz.) Diese Verordnung steht im Widerspruch mit dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung. Ein **entschlossener Wille zum Unrecht** natürlich kann sich darüber leicht hinwegsetzen. Welcher Art ist der Reichswehrminister, der solche Dinge einem Reichspräsidenten vorlegt? Man ist versucht, zu fragen, bei welcher Gelegenheit eine solche Vorlegung erfolgt. (Unerhört! bei der Mehrheit.) Sogar den Achtstundentag, die einzige Errungenschaft der Revolution, will die Regierung beseitigen. (Präsident **Fehrenbach**: Ich vermag den Zusammenhang des Achtstundentages mit der Verordnung des Reichspräsidenten nicht einzusehen.) Meine Ausführungen waren notwendig, um zu zeigen, daß die Verordnung nur ein Mittel ist, die von mir skizzierten Ziele zu erreichen. Die Folge ist nur neue, tiefe Erbitterung, und aufgefahrene Maschinengewehre schaffen auch Aufklärung, aber in einer Weise, wie sie Ihnen unerwünscht sein wird. Der heutige Minister Heine hat 1905 in Jena gesagt: „Wenn das Proletariat einmal seinen Kampf um die Macht aufgenommen hat, dann darf es sich nicht lenken lassen von dem Wörtchen Gesetzlichkeit." (Hört, hört! bei den U. Soz.) Nicht nur das grobknochige Gehirn des Herrn Reichswehrministers, sondern die ganze heutige Regierung betet die Gewalt an — alles wie einst. Nur mit dem Unterschied, daß der Krieg auch bei den Mitgliedern der Regierung die Wirkung gehabt hat, Hemmungen zu lösen. Das Ziel, das auch unser Ziel ist, die **Hebung der Produktion**, werden wir nur erreichen, wenn die Regierung den Geist der Gewalt mit dem Geist des Sozialismus vertauscht. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsjustizminister Schiffer:

Der Abg. Dr. Cohn legt die Verfassung falsch aus. Nach der Verfassung ist der Reichspräsident berechtigt, alle zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen ohne jede Beschränkung anzuwenden. (Sehr richtig!) Die Regierung der Demokratie muß stark sein und muß von ihren Machtmitteln den Gebrauch machen, für den sie bestimmt sind, natürlich unter voller Verantwortung dem Parlament gegenüber. (Beifall bei der Mehrheit.)

Reichswehrminister Noske:

Anfang Januar waren in verschiedenen Teilen des Reiches wilde Eisenbahnerstreiks ausgebrochen. Die Nahrungsmittelzufuhr sogar wurde unterbrochen. Nun sollte ein Ausstand der **Bergarbeiter** hinzukommen und ein Uebriges tun. Die Führer der Bergarbeiter **waren machtlos**. Die vernünftigen Arbeiter wurden **niedergeschrien und riskierten Leben und Gesundheit.** (Hört, hört!) Die

Regierung konnte nicht untätig bleiben,

als abermals versucht wurde, das Reich zugrunde zu richten. In vielen Teilen des Reiches herrschte allerdings Ruhe, aber der Eisenbahnerstreik konnte sich ausdehnen. Vor allem war Mitteldeutschland bedroht. Deshalb wurde der Ausnahmezustand verhängt, um kräftig zupacken zu können, wenn das Ganze gefährdet würde. Der Versuch, unter **lügenhafter** Ausnutzung der Vorgänge vor dem Reichstage einen politischen **Generalstreik** herbeizuführen, **mußte** vereitelt werden. (Sehr richtig!) Dieser Versuch ist gemacht worden. (Hört, hört!) Die Attacke auf die Nationalversammlung wurde **ungefälscht** in ein von der Regierung veranstaltetes Massenmorden unschuldiger Arbeiter. Das Verbot eines Teiles der unabhängigen und kommunistischen Presse und die vorgenommenen Verhaftungen waren notwendig zur Abwehr ernster Gefahren. (Beifall.) Die Form einiger Verfügungen gebe ich allerdings rückhaltlos preis. Die Zeitungsverbote erfolgen jetzt befristet. Eine Verordnung über das Beschwerdeverfahren steht bevor. Für das, was geschehen ist, übernehme ich die Verantwortung. Der Redner geht dann auf die Plünderungen in Hamborn ein und fährt fort: Die Verordnung trifft nur Personen, die mit Waffengewalt oder im Zusammenwirken mit Bewaffneten schwerste Straftaten begehen. Mit keinem Wort ist darin von den Bergarbeitern die Rede. Sollte es zu einem neuen Kampfe kommen, so soll die Wiederholung so schauererregender Vorgänge wie im Prozeß Marloh verhütet werden. Ueber Leben und Tod soll nicht mehr ein einzelner zu entscheiden haben, sondern

ein Dreimännerkollegium.

Die Vollstreckung des Urteils ist gebunden an die Entscheidung des höheren Militärbefehlshabers. Die Verordnung wurde erst am 13. Januar unterzeichnet, und mit ihrer Inkraftsetzung wurde bis zum 17. Januar gewartet. Wirksam gemacht wurde von ihr durch den Reichskommissar Severing nur der erste Teil über Ausnahmegerichte. Für die Bevölkerung ist die Verordnung eine Wohltat, ein Schutz gegen eine gewalttätige Minderheit, die frechsten Mißbrauch mit den neuen Freiheiten treibt. **Ein paar tausend Narren und Verbrecher haben das Ruhrrevier unter Schrecken gesetzt.** Während ihrer Herrschaft in Düsseldorf haben die Unabhängigen ganz munter mit dem Belagerungszustand regiert, haben Standgerichte eingesetzt und waren durchaus nicht zimperlich bei der Androhung von Todesstrafen. Wir sind nicht so dumm, daß wir darauf verzichten, uns unserer Haut zu wehren, nur damit diese Herrschaften eines Tages mit uns Schlitten fahren können. (Heitere Zustimmung.) Mit Waffengewalt sind die Bergarbeiter an der Einfahrt gehindert worden. (Widerspruch der Abg. Frau Zietz.) Sie waren ja gar nicht dabei! Wo's brenzlich war, **war niemand von den Unabhängigen hier zur Stelle.** (Große Heiterkeit.) Wir hatten die Pflicht, dieser Schandwirtschaft ein Ende zu machen. Ohne vermehrte Kohlenförderung kommen wir aus der Verarmung nicht heraus. Wo die Bergherren sich unvernünftig zeigen, wird die Regierung ebenfalls scharf zupacken. Solange die unabhängige Presse jeden Versuch der Regierung auf vermehrte Erzeugung verhöhnt und herabsetzt, kommen wir nicht zu erträglichen Verhältnissen. (Sehr richtig!) Diesem Treiben entgegenzuwirken ist der Zweck des Belagerungszustandes. Und zu diesem Zweck wird er bestehen bleiben. (Beifall.) Soweit sich die Verordnung auf die Standgerichte bezieht, wird sie aufgehoben werden, sobald Ruhe herrscht. Die Anträge der Unabhängigen bitte ich restlos abzulehnen. Wo gemildert werden kann, wird es geschehen. Die meisten Verhaftungen sind schon rückgängig gemacht worden. Aber zurzeit kann die Regierung auf rascheste Abwehrmaßnahmen noch nicht verzichten. **Wer über Gewalt schreit, muß zunächst selbst auf Gewalt verzichten.** (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Loebe (Soz.):

Meine Freunde haben dem Artikel 48 der Verfassung zugestimmt, der dem Reichspräsidenten außerordentliche Vollmachten einräumt. Sie erblicken darin eine Waffe der demokratischen Republik und ihrer Bürger gegen gewaltsame Angriffe. Daß diese Waffe nötig ist, hatten die politischen Ereignisse wenige Monate vor Schaffung der Verfassung dargetan. Daß sie heute noch nötig ist, lehren unter anderem die umfangreichen Waffenfunde auf den Gütern monarchistischer Putschisten. (Hört, hört!) Was die Verordnung vom 13. Januar 1920 betrifft, so haben auch bei uns zunächst starke verfassungsrechtliche Bedenken obgewaltet, und wir waren zweifelhaft, ob sie mit den Bestimmungen der Verfassung in Einklang zu bringen ist. Aber die Protokolle der Verhandlungen der Nationalversammlung über den Artikel 48 erweisen, daß Anhänger und Gegner diese Bestimmungen in derselben Weise ausgelegt haben, wie es jetzt von der Regierung geschieht. Besonders geht das aus den Ausführungen des Abg. Cohn zu dem umstrittenen Artikel hervor. (Hört, hört!) Demnach ist an der Rechtsgültigkeit der Verordnung nicht zu zweifeln. Wir sind mit der Regierung der Ansicht, daß eine solche Verfügung nur bei höchster Not des Landes und bei tatsächlicher gewaltsamer Bedrohung des Lebens der Staatsbürger gerechtfertigt ist. Die Erklärung der Regierung, daß die Aufhebung der Standgerichte und Todesstrafe schon in Aussicht genommen ist und bald erfolgen wird, setzt uns in den Stand, von der Zustimmung zu dem vorliegenden Antrage Abstand zu nehmen. Wir sprechen aber bei dieser Gelegenheit den dringenden Wunsch aus, daß das in der Verfassung vorgesehene Reichsgesetz, das die Befugnisse des Reichspräsidenten genau umgrenzt, bald erlassen, und daß das Gesetz auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit noch in dieser Session eingebracht wird.

Die Abgg. Dr. **Spahn** (Zentr.) und **Petersen** (Dem.) lehnen den Antrag der Unabhängigen ab.

Abg. Henke (U. Soz.): Im Dienst des Kapitals kann man eben nicht anders reden, als Noske es tat. Beinahe würde einem der Reichswehrminister menschlich näher kommen, wenn er sagt, daß er tief erschüttert ist über den Matrosenmord. Aber das ist ja Heuchelei. (Präsident Fehrenbach rügt diese Aeußerung.) Wenn die Parteien, die heute leider noch die Mehrheit haben, unseren Antrag ablehnen, so machen sie sich mitschuldig an den Verbrechen am Volke. Dieser sozialistische Wilhelm II. wirft mit großen Worten in Arbeiterversammlungen um sich, aber die Arbeiterschaft weiß, daß die Entwicklung über Herrn Noske und über die demokratische Republik hinweggeht.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung des Kapitalertragssteuergesetzes.

Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache mit unwesentlichen Aenderungen angenommen.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag 1 Uhr: Ergänzung des Gesetzes über Kriegsvergehen. Landessteuergesetz. — Schluß 6 Uhr.

41]

Jan Krebsereuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Aufgezeichnet von Hans Müller-Schlösser.

Als sie das Tor durchschritten hatten, umfing sie ein Geruch von kreißendem Oel, Pfefferkuchen und Schweiß, und in der Sonne flimmernder Staub kitzelte sie in der Nase. Ketten von Mädchen und jungen Männern mit roten, fettigen Gesichtern schwankten vor ihnen her und sperrten ihnen den Weg. Sie schlüpften durch die Lücken und wollten einem Trupp halbtrunkener Soldaten ausweichen, aber die hatten sich mit den Mädchen und Burschen schon an den Händen gefaßt, und ehe Jan und Tünnes an Fortlaufen gedacht hatten, waren sie in einem wirbelnden Kreis eingeschlossen, der sie hin und her warf, von einem zum anderen und hinüber und herüber, daß es ihnen wirbelig im Kopfe wurde, bis Tünnes sich an einem faltigen Mädchenrocke schnappte und klammerte und der Kreis mit Gekreisch und Gejuchz sich löste.

„Hä!" ächzte Jan und putzte sich den Schweiß aus dem Gesicht, „da sind wir aber nett Karussell gefahren, Tünnes, wat?"

Der aber stand da mit zusammengekniffenen Lippen und quetschte sich die Wuttränen aus den Augen.

„Komm', Tünnes, ärger' dich nit, wenn die jecken Leut' ihren Spaß haben wollen. Dafür machen wir uns jetzt Freud'!"

Er holte sein Kleingeld aus der Hosentasche und zählte es nach.

„Au, Tünnes!" rief er, „der Spaß hat uns ein Döbbeltje gekostet! Es ist mir eins aus der Tasche gesprungen."

Und er bückte sich und suchte mit den Fingern in dem Straßenstaub herum, aber er fand nichts. Er schnalzte mit der Zunge und zuckte mit den Achseln.

„Wenn's gefressen ist, ist es gleich, ob es die Raupen oder die Käfer getan haben, sagt mein Vatter immer. — Komm' Tünnes!"

Sie gingen dem vermischten Geruch geräucherter Aale und Butterwaffeln nach und kamen auf den Marktplatz, wo eine kleine Stadt aus Buden aufgebaut war. In einer kleinen Bude kaufte sich Jan ein Päckchen Knaster und eine Tonpfeife, die er gleich anrauchte. Der kalte Schweiß trat ihm zwar bald auf die Stirn, aber er versicherte dem Tünnes, daß doch nichts in der Welt über ein leckeres Pfeifchen ginge. Die Buden mit den Kraftmenschen, die einander Hundertpfünder zuwarfen, als wären es Edamer Käse, lockten sie nicht; auch an den Menschenfressern, die einem lebendigen Kaninchen den Kopf abbissen, gingen sie ohne besondere Teilnahme vorbei. Für die lebenden Bilder hatten sie nur ein Achselzucken, denn sie dachten dabei an das Theater zu Hause auf dem Marktplatz. Vor dem mit unzähligen Spiegeln, buntem Glas und mit Weiß und Gold prächtig herausgeputzten Karussell aber blieb Jan stehen und hätte sich gern auf so einen hölzernen Araberhengst gesetzt. Tünnes jedoch zog ihn weiter, denn die frisch gebackenen Poffertjes, deren Fettdunst die Budenstraße füllte, wirkten schon von ferne so auf seine Speicheldrüsen, daß er ständig schluckte. Unter einem großen Sonnenschirm saß die Poffertjesbäckerin auf einem hohen Stuhle. Neben sich auf einem Gestell hatte sie eine irdene Kumpe mit dem dünnen Teig, und vor ihr stand ein viereckiger eiserner Ofen, in dessen Platte vielleicht ein Dutzend eigroßer Vertiefungen waren. Die Frau schöpfte mit einem langen Holzlöffel Teig aus der Kumpe und warf mit einem geschickten Schwunge den Teig in die Vertiefungen, drehte sie noch einer Weile herum, damit sie auch auf der anderen Seite so schön goldbraun wurden.

Jan und Tünnes schauten ihr mit Entzücken zu und konnten es bald nicht erwarten, bis sie ein Dutzend Poffertjes kaufen konnten. Sie aßen, daß sie schmatzten. Sie kauften und aßen so viel Poffertjes, bis sie pusteten und "" kaum noch von der Stelle bewegen konnten. Langsam schlenderten sie weiter. Halbbetrunkene Matrosen maßen unter gegenseitigem aufmunternden Gebrüll ihre Kraft an einem sogenannten „Hau' ihm, den Lucas", indem sie mit einem riesigen Holzhammer auf einen Stift schlugen, wodurch eine eiserne Kugel an einer hohen Schiene emporgeschleudert wurde und an der Spitze einen blechernen Akrobaten zu einer wahnsinnigen Bauchwelle antrieb.

Jan und Tünnes schlenderten weiter.

Plötzlich blieb Jan stehen. Er starrte nach einer Schießbude hin, wo ein blasses Mädchen ihm winkte. Ihre rotgeschminkten Lippen bewegten sich schnell, aber Jan hörte in dem Lärm nicht, was sie rief. Ohne es eigentlich zu wollen, ging er näher, bis er dicht vor der Bude stand. Das Mädchen reichte ihm mit einem künstlichen Lächeln, das ihre verdorbenen Zähne aufdeckte, eine Windbüchse.

Mit unsicheren Händen nahm er die Büchse, legte sie an die Backe und drückte sich aufs Geratewohl ab. Im selben Augenblick wirbelte ein blecherner Schottländer mit dem dümmsten Gesicht von der Welt auf einer Trommel.

Tünnes lachte.

Das Mädchen nickte anerkennend, nahm Jan die Büchse aus der Hand, spannte sie und gab sie ihm wieder.

Jan seufzte tief und schaute das Mädchen blöde an. Da lächelte sie kokett und zeigte auf ein Taubenpaar, das hin und her schaukelte und sich dabei zärtlich schnäbelte.

Jan wurde plötzlich rot und er fühlte ein sonderbares Kribbeln. Er wollte was sagen, aber die Zunge lag ihm wie ein Stück Blei im Munde. Es summte ihm im Kopfe und er griff sich nach den glühenden Ohren.

„Schieß doch, Jan!" rief Tünnes ungeduldig.

Jan schaute ihn verständnislos an und seufzte wieder.

„Wenn du nit magst," sagte Tünnes, „dann komm'! Gehn wir doch lieber noch mal nach der Poffertjesfrau!"

Jan nickte, stellte die Windbüchse an das Gestell und wollte weggehen. Da hielt ihn aber das Mädchen bei der Hand fest.

Da war es Jan, als ob ein eiskalter Frosch ihm über den Rücken krabbelte, und wie vor Schreck fing ihm das Herz an zu klopfen.

Das Mädchen machte ihm mit zierlichen Gesten klar, daß er noch bezahlen müßte. Jan nickte und legte dem Mädchen ein Silberquartje in die Hand, die von dem ständigen Anfassen der Büchsen geschwärzt war.

Tünnes zog Jan mit sich fort. Der stolperte über seine eigenen Beine, weil er sich immer wieder nach dem Schießbudenmädchen umsah, das ihm noch einige Male lächelnd zunickte.

Ohne recht zu wissen, was er tat, aß er noch mehrere Poffertjes. Plötzlich fragte er Tünnes:

„Ob die verheiratet ist?"

„Wer?" erwiderte Tünnes, der voll Andacht kaute.

Nach einiger Zeit sagte er:

„Komm', Tünnes, wir wollen Karussell fahren."

(Forts. folgt.)

Preußische Landesversammlung.

Die Not der Presse. — Der Wucher im Holzhandel.

Nach Erledigung des Antrags Hammer auf eine stärkere Vertretung des Einzelhandels und des Handwerks im Reichswirtschaftsrat folgt die Beratung der Anträge über den Mangel an Zeitungspapier.

Abg. Dr. **Nade** (Dem.) begründet den Antrag Friedberg. Der Umfang der Zeitungen ist beträchtlich zurückgegangen. Eine nicht geringe Anzahl hat sich bereits genötigt gesehen, ihr Erscheinen völlig einzustellen. Abhilfe tut dringend not.

Abg. **Lüdemann** (Soz.) begründet seinen Antrag auf Unterstützung der Reichsregierung bei der Bekämpfung des Wuchers im Holzhandel und der Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Papierwaren, Drucksachen und Zeitungen zu erträglichen Preisen. Wir fordern eine wirksame Preiskontrolle.

Abg. **Graf-Anklam** (Dnat.): Die Regierung muß der drückenden Notlage des Zeitungsgewerbes dadurch abhelfen, daß der Forstfiskus veranlaßt wird, die zur Herstellung von Zeitungsdruckpapier benötigten Holzmengen den Papierfabriken zu erträglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Heß** (Z.): Die Inseratensteuer trifft die Presse aufs schwerste und die Reichssteuergesetzgebung muß hier unbedingt Wandel schaffen. Wir werden den Antrag annehmen, über den zuerst abgestimmt wird. Uns scheint der Antrag Lüdemann der weitgehendste.

Abg. **Mehrhof** (U. Soz.): Wichtigste Vorbedingung für die Lebensfähigkeit der Presse ist unbedingte Preßfreiheit. Statt dessen herrscht der Belagerungszustand und das Zeitungsverbot. (Abg. Lüdemann ruft: Und die „Vorwärts"-Besetzung?! Blätter, die durch Arbeitergroschen aufgebaut worden sind, wurden durch das Vorgehen der Diktatur Ebert-Noske-Heine vernichtet. (Präsident Leinert ersucht den Redner wiederholt, zur Sache zu sprechen.) Da es mir untersagt wird, die Notlage der unabhängigen Presse zu schildern, werde ich überhaupt keine Ausführungen mehr machen.

Abg. Dr. **Moldenhauer** (D. Vp.): Das Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchgewerbe muß unter allen Umständen geschützt werden.

Das Haus nimmt den weitgehendsten Antrag Lüdemann (Soz.) einstimmig an; damit sind die anderen Anträge erledigt.

Die Gebührenordnung für Notare. — Die Fahrpreiserhöhungen.

Abg. **Drinnenberg** (Z.) begründet einen Antrag um Vorlage eines Gesetzentwurfs, durch den die Gebührenordnung für Notare den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend geändert wird.

Ein Regierungsvertreter gibt eine zustimmende Erklärung ab.

Der Antrag wird nach kurzer Aussprache angenommen.

Abg. Dr. **Ritter** (Dnat.) begründet einen Antrag, die früher im Interesse der Jugendpflege gewährten und jetzt mit Rücksicht auf die Betriebslage aufgehobenen Fahrpreisermäßigungen wieder einzuführen. Die bevorstehende Tariferhöhung macht weiten Kreisen der Jugend, Wanderungen und Ferienreisen unmöglich; das muß im gesundheitlichen Interesse der Jugend vermieden werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 12 Uhr: Förmliche Anfrage Menzel-Stettin über die Holzpreise, kleine Vorlagen. Schluß: 5.20 Uhr.

Groß-Berlin

Die Volksschule unter dem Einfluß des Geburtenrückganges.

Der außerordentliche Geburtenrückgang, den uns der Krieg gebracht hat, wird sich durch das Fehlen des Nachwuchses auf verschiedenen Gebieten sehr unangenehm bemerkbar machen. Vom Frühjahr 1915 bis zum Sommer 1919 dauerte die Geburtenebbe, die für das deutsche Volk die Wirkung hatte, daß ihm über 3 Millionen Lebendgeburten entgingen.

Die Schule wird die erste sein, die den Ausfall zu spüren bekommt, und schon für die Einschulungen des Jahres 1921 muß sie sich auf eine sehr viel geringere Zuführung von Sechsjährigen einrichten. Das mag noch zu ertragen sein — ja, bei richtiger Ausnutzung dieser Gelegenheit könnte es der Schule sogar zum Heile gereichen, daß ihre Frequenzziffern sich einmal ermäßigen. Schlimmer aber wird die Verminderung des Nachwuchses wirken, wenn in weiteren acht bis zehn Jahren für das Handwerk, die Industrie, den Handel usw. die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter plötzlich knapp zu werden beginnen. Und zum dritten Male wird der Einfluß des fluchwürdigen Krieges auf den Bevölkerungsaufbau sich fühlbar machen, wenn die „Kriegskinder" in das heiratsfähige Alter treten. Man wird dann einen außerordentlichen Rückgang der Eheschließungen erleben, der auch die Geburtenzahl wieder herabdrücken muß.

Einstweilen haben wir es mit dem Einfluß des Geburtenrückganges auf die Schulkinderzahl zu tun. In Berlin ist die Schulverwaltung bereits der Frage nähergetreten, welche Maßnahmen da geboten scheinen. Eine Denkschrift vom Stadtschulrat Fischer und Stadtschulinspektor Engel entwickelt einen Plan, der darauf hinausläuft, bis auf weiteres nur einmal im Jahre einzuschulen und die Klassenzahl stark zu verringern. Man fürchtet, daß bei der bisher üblichen zweimaligen Einschulung schon die Aufnahmeklassen, deren es ja dann zwei in jeder Schule geben muß, zu schwach besetzt sein würden. Die Geburtenzahl betrug für Berlin in 1914 noch 37 490, in 1915 nur 30 990, in 1916, 1917, 1918 nur noch 22 700, 18 720, 20 220, so daß unter Berücksichtigung der Verminderung durch Sterbefälle usw. für das Jahr künft 1920 bis 1924 auf 27 000, 22 300, 16 300, 18 500, 14 500 Einschulungen gerechnet wird. Von 1920 bis 1924 soll die Zahl der Aufnahmeklassen von 660 bis auf 363 eingeschränkt werden, woraus sich automatisch eine Verminderung auch der folgenden Klassen ergibt, im ganzen bis 1924 ein Wegfall von 976 Klassen. Die Berliner Gemeindeschulen würden dann so aufgebaut sein, daß sie entweder nur 8 Klassen oder zweimal 8 Klassen haben.

Selbstverständlich kann es sich nur um eine vorübergehende Einschränkung handeln, die schon von 1924 an durch eine neue Vermehrung der Aufnahmeklassen abgelöst werden soll. Trotzdem halten wir eine so weite Verringerung der Klassenzahl für sehr anfechtbar. Gewiß, die Beibehaltung der bisherigen Klassenzahl und die zweimalige Einschulung würden dazu führen, daß die durchschnittliche Besetzung der Aufnahmeklassen schließlich bis auf 20 und die der folgenden Klassen noch darunter sänke. Aber wir glauben nicht, daß solche Frequenzen dem Pädagogen als bedenklich erscheinen können.

Die Denkschrift sucht ihren Plan schmackhafter zu machen durch eine Reihe von Vorschlägen für die Verwertung der freiwerdenden Lehrkräfte und Klassenzimmer. Durch die Reformpädagogik wird die Schule vor neue Aufgaben gestellt, zu deren Lösung ihr diese sich bietenden Erleichterungen willkommen sein werden. Es handelt sich da um schulpflegerische und schulfürsorgerische Einrichtungen, um Arbeitsunterricht, Horte, Schulküchen usw.

Daß eine dem Geburtenrückgang sich anpassende Umstellung — so, wie die Denkschrift sie vorschlägt, oder anders — nicht für Berlin allein, sondern nur für Groß-Berlin einheitlich durchgeführt werden könnte, versteht sich von selber.

* *

Die Ferien der höheren Lehranstalten Berlins für das Schuljahr 1920 sind in folgender Weise festgesetzt: I. Osterferien. Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 31. März 1920. Beginn des Unterrichts: Donnerstag, den 15. April 1920. II. Pfingstferien. Schluß des Unterrichts: Freitag, den 21. Mai 1920, Beginn des Unterrichts: Freitag, den 28. Mai 1920. III. Sommerferien. Schluß des Unterrichts: Freitag, den 2. Juli 1920. Beginn des Unterrichts: Dienstag, den 10. August 1920. IV. Herbstferien. Schluß des Unterrichts: Freitag, den 1. Oktober 1920, Beginn des Unterrichts: Dienstag, den 12. Oktober 1920. V. Weihnachtsferien. Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 22. Dezember 1920, Beginn des Unterrichts: Dienstag, den 4. Januar 1921. VI. Osterferien 1921. Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 23. März 1921, Beginn des Unterrichts: Donnerstag, den 7. April 1921.

Der Haushalt der Provinz Brandenburg.

Die Sitzung des Provinziallandtages am Mittwoch beschäftigte sich mit dem Haushaltsplan für 1920 und den Nachtragsetats für 1919. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, sowohl für das Jahr 1919 36 Proz. Provinzialsteuern festzusetzen, also 16 Proz. statt der vorgeschlagenen 8 Proz. nachzuerheben, als auch für 1920 36 Proz. Steuern zu beschließen. Die Frage Groß-Berlin und die Reichsfinanzreform ist für dieses Jahr noch im Etat unberücksichtigt gelassen worden. Für die leistungsschwachen Vorortgemeinden steht aus den beiden Vorjahren noch eine Summe von 1 680 000 M. zur Verfügung, so daß für 1920 statt der 4 Millionen nur 2 350 000 M. einzustellen seien.

Die allgemeine Aussprache gestaltete sich stellenweise sehr lebhaft. Abg. Bürgermeister Schalz-Neukölln (Soz.) führte aus: Ueber das, was notwendig ist im Haushaltsplan, werden unsere Ansichten auseinandergehen. Ersparnisse auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege könnten ohne Schaden für die Zukunft nicht gemacht werden. Der Redner regte an, daß der Provinzialausschuß und -Landtag öfter als bisher zusammentreten. — Im Namen der unabhängigen Fraktion erklärte sich Abg. Dr. Breitscheid-Wilmersdorf mit den Steuererhöhungen der Provinz einverstanden, wandte sich aber gegen die beantragte Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten. — Landesdirektor Dr. v. Winterfeld verteidigte gegenüber einzelnen Angriffen den Geist der Fürsorgeerziehung der Provinz; dieser Geist sei ein durchaus menschlicher und sozialer. — Abg. Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg (Dem.) begründete einen Antrag auf Einrichtung örtlicher Deputationen zur besseren Ueberwachung der Provinzialanstalten. — In der Einzelberatung wurde der Antrag des Haushaltsausschusses auf Festsetzung der achtstündigen Arbeitszeit für die Beamten abgelehnt und ein demokratischer Antrag auf Prüfung dieser Frage angenommen. Den Zuschuß für die Kreiswohlfahrtsämter setzte der Landtag auf 200 000 M. fest.

Steueramnestie.

Wer Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlagt werden müssen, bisher nicht angegeben hat und deswegen verwirkte Strafen wegen Steuerzuwiderhandlung sowie Verfall des verschwiegenen Vermögens gemäß dem Gesetze über Steuernachsicht abwenden will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen im Einkommen spätestens bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, anzugeben. Die Angaben können mit der Steuererklärung für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der Frist — bis zum 15. April 1920 — eingereicht werden. Dabei sind Vor- und Zuname, Stand, Beruf oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und Sitz genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzuwiderhandlungen, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen. Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen ist, verfällt kraft Gesetzes dem Reich. Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann.

Zündhölzerhöchstpreise. Die Zündholzindustrie-Gesellschaft Berlin W. gibt bekannt, daß ab 1. März d. J. die Preise für Zündhölzer in- und ausländischer Erzeugung durch Höchstpreisverordnung des Reichswirtschaftsministers neu festgesetzt worden sind. Das Paket Zündhölzer zu 10 Schachteln in- oder ausländischer Erzeugung kostet demnach 3,50 Mark oder die Schachtel 35 Pfennig. Dieser Preis wird bedingt einerseits durch die gesteigerten Holz- und Rohstoffpreise, sowie Löhne in der inländischen Erzeugung, andererseits durch die hohen Preise der ausländischen Erzeugung infolge der außerordentlich hohen Valuta. Die Versorgung mit Zündhölzern wird durch die deutschen Fabrikanten und die Zündholzindustrie-Gesellschaft im deutschen Reichsgebiet nunmehr systematisch geregelt. — Wir sind gespannt, ob es nun Zündhölzer geben wird; vorläufig stehen wir der systematischen Regelung durch die Fabrikanten noch sehr skeptisch gegenüber.

Ein Raubmordversuch wurde gestern nachmittag in der Potsdamer Str. 104 verübt. Der dort im dritten Stockwerk wohnende Kaufmann Karl Korn hatte auf der Straße einen Mann getroffen, den er vom Felde her kannte, von dem er aber nur weiß, daß er Meyer heißt. Als Korn von seinem ehemaligen Kriegskameraden hörte, daß es ihm nicht sonderlich gehe, nahm er ihn mit in seine Wohnung, um mit ihm zu beratschlagen, wie er ihn wieder auf die Beine helfen könne. Während der Unterhaltung gab er ihm auch eine Zigarette. Da er kein Feuer hatte, sagte er zu ihm, er solle sich aus seiner Manteltasche Streichhölzer holen. Aus dem auf dem Flur hängenden Ueberzieher nahm Meyer aber nicht die Streichhölzer, sondern eine Pistole, die er darin fand, ging damit in das Zimmer zurück und schlug auf Korn an. Trotzdem er ihn in die Brust traf, stürzte sich dieser auf ihn und es kam zu einem Ringen. Da nun zuviel Lärm entstand, sah Meyer von seiner Raubabsicht ab, ergriff die Flucht und entkam. Er wird jetzt von der Kriminalpolizei gesucht. Der Täter ist 1,83 Meter groß und schlank, hat blondes Haar und trug einen grauen Filzhut und einen dunkelbraunen Anzug.

Heimkehrer aus England. Das in London zurückgebliebene Gepäck ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener ist jetzt von England freigegeben. Der Abtransport wird von der Hamburg-Amerika-Linie geleitet. Die Empfänger erhalten ihr Eigentum kostenlos bis zur Bahnstation des Wohnortes zugestellt. Im Interesse einer beschleunigten Abfertigung wird allen, die ihr Gepäck aus England erwarten, dringend empfohlen, sofort ihre jetzige Adresse sowie Bezeichnung, Wert und Lagerort der betreffenden Stücke schriftlich der Hamburg-Amerika-Linie, Abteilung Gefangenengepäck, Hamburg, anzuzeigen. Bei Verlust oder Beschädigung auf dem Transport wird für den nachweisbaren Schaden eine Vergütung bis zu 1000 Mark gezahlt. Falls die Eigentümer eine höhere Wertversicherung auf eigene Kosten wünschen, müssen sie eine entsprechende Mitteilung gleichfalls der Hamburg-Amerika-Linie zugehen lassen.

*

Nothilfe für das Erzgebirge. Konto Preußische Staatsbank, Berlin, Markgrafenstraße. Bisheriger Betrag: 32 018,20 M. Dazu: Angestellte des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes (Hauptvorstand) 144 M.; Tischler der Firma Grün u. Co. 35 M.; Feustel, Braunschweig, 20 M.; Schwester Adeline, Berlin, 200 M.; Dr. Karl und Frau Käthe Kollwitz, Berlin, 50 M.; Eugen Siedeberg, Basel, 50 M. Gesamtsumme: 32 517,20 M.

Vermischte Lokalnachrichten

In einem Rundschreiben an die Landesfettstellen weist die Reichsstelle für Speisefette darauf hin, daß die Margarine eine längere Stapelung nicht verträgt, vielmehr baldigst nach Empfang an die Bevölkerung verteilt werden muß. Da der Wassergehalt der Margarine von 20 Proz. auf 16 Proz. herabgesetzt werden wird, ist zu erwarten, daß die Klagen über starke Wasserhaltigkeit der Margarine ihr Ende finden. — Beim Einbruch überrascht und angeschossen wurde ein Einbrecher, der mit zwei Spießgesellen in ein Lichtspieltheater einzudringen versuchte. Mehrere Beamte der Sicherheitspolizei kamen gerade hinzu, als sie im Begriffe standen, einzusteigen. Als sie die Beamten wahrnahmen, ergriffen sie die Flucht und blieben auch auf deren Haltrufe nicht stehen. Einer der Beamten schoß nunmehr auf die Fliehenden und traf den Kutscher Karl Hamm. Der Verletzte wurde als Polizeigefangener nach der Charité gebracht. — Die 32 Jahre alte Ehefrau des Arbeiters Scharnow aus der Reuterstraße 30 öffnete in der Küche den Gashahn und suchte und fand mit ihrem 11 Monate alten Söhnchen den Tod. — Ein Spielernest wurde in der Elisabethstr. 11 ausgehoben. Als Beamte des Spielerdezernats überraschend einfielen, trafen sie ungefähr 100 Personen an. Diese wurden festgestellt und gegen den Wirt und die Spieler ein Strafverfahren eingeleitet.

Verein sozialistischer Aerzte. Sitzung Montag 7½ Uhr im Deutschen Zahnärztehaus, Richterzimmer, Bülowstraße 104 (Nollendorfplatz).

Der Botanische Garten Dahlem ist am Sonntag, den 7. März, von 11—4 Uhr dem allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Friedenau. Die Hausbesitzer als Schützer des heimischen Bodens. Herr Konieczka in Friedenau, Gemeindevertreter und Direktor der Wirtschaftsgenossenschaft der Grundbesitzer, der in holländischen Zeitungen den Friedenauer Grundbesitz zum Ausverkauf anbietet, rechtfertigt diese höchst „nationale" Handlung mit der Notlage der Hauswirte. Sie würden ja die Häuser gern behalten, wenn der Wohlfahrtsminister ihnen gegenüber Gerechtigkeit üben wollte. In der Tat, die Frechheit dieser Herren ist grenzenlos. Nun, 100 holländische Gulden kosten 3650 Mark, der Gulden statt 1,70 M. jetzt 36,50 M., also mehr als das Zwanzigfache. Wenn ein Friedenauer Hausbesitzer sein Haus, das 200 000 Mark Wert haben möge, dem Holländer verkauft, dann erhält er dafür 4 Millionen Mark. Man sieht also klar, daß kapitalistische Habgier hier wertvolles nationales Gut, Wohnstätten der Arbeiter, dem Ausländer in die Hände spielt.

Wenn solche Verkäufe unter öffentlicher Kontrolle getätigt werden, um unter Ausnutzung des Valutastandes der Reichsbank Devisen zu schaffen, damit Lebensmittel hereingebracht werden können, dann finden solche Verkäufe unter Umständen ausreichende Rechtfertigung. Hier liegt aber nichts anderes als eine gemeingefährliche Bereicherung oder aber eine unverantwortliche Verschleuderung vor. Die Friedenauer Gemeindevertreter der Arbeiter sollten einmal nachprüfen, zu welchen Preisen Herr Konieczka seine Grundstücke eigentlich verkauft hat. Ist der Verkauf unter dem Zwanzigfachen des Inlandpreises getätigt worden, dann hat er verantwortungslos verschleudert. Es wäre interessant, über diese Verkaufsabschlüsse näheres zu erfahren.

Charlottenburg. Die Elternbeiratswahlen sind für Charlottenburg bis Ende Mai verschoben worden, finden also am Sonntag nicht statt.

Pankow. Gemeindevertretung. Seit die bürgerlichen Parteien im hiesigen Ortsparlament gegenüber den beiden sozialistischen Gruppen in der Minderheit sind, können es sich die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei nicht versagen, von dem verhaßten sozialistischen Regime immer wieder neue Vorkommnisse als Beweise seiner „Mißwirtschaft" auf allen kommunalen Gebieten der Oeffentlichkeit zu denunzieren. Kräftig unterstützt werden die Herrschaften bei diesem Bestreben durch den hier unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden „Generalanzeiger". Wie weit diese Unterstützung auf Gegenseitigkeit beruht, läßt sich nach der ganzen Aufmachung wohl vermuten, aber nicht nachweisen. Jedenfalls haben „Generalanzeiger" und Arbeitsgemeinschaft immer wieder einen neuen „Fall" — ersterer im Publikum, letztere in der Gemeindevertretung. War es letzthin der durch die Lebensmittelabteilung „verschobene Zucker", so ist es neuerdings das durch diese „verschobene" Fleisch. In stundenlangen Auseinandersetzungen wurde in letzter Sitzung festgestellt, daß es sich bei der Fleischverschiebung um in Pankow beschlagnahmtes, von Weinickendorf als zuständigem Fleischverband requiriertes und diesem ordnungsmäßig zugeführtes Schleichhandelsfleisch gehandelt hat. Und deswegen der Lärm, die Zeitvergeudung der Gemeindevertretung und das voraussichtliche gerichtliche Nachspiel für den „Generalanzeiger". — Alle Parteien hatten Anträge betreffend Ermäßigung der Lebensmittelpreise eingebracht und einigten sich nach unwesentlicher Debatte auf eine von den Demokraten eingebrachte Entschließung, welche den Gemeindevorstand ersucht, bei der Regierung wegen Abhilfe vorstellig zu werden. — Dem Wohlfahrtsamt wurden 10 000 M. zum Zwecke der Milchverbilligung für Bedürftige durch Gemeindezuschüsse zur Verfügung gestellt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Abtg. Eltern und Vorwärtsleser, deren Kinder die 8., 24. und 63. Gemeindeschule besuchen, Freitag 7 Uhr, Schulaula, Rosenthaler Str. 38: Versammlung. Referenten: Assessor Dr. Harnack und Oberlehrer Dr. Kaweran.

11. Abtg. Freitag 7 Uhr, Schulaula, Görlitzer Str. 56: Elternversammlung. Referent: Genosse Dr. Tißlel über „Elternbeiratswahlen".

17. Abtg. Freitag 7½ Uhr: Versammlung der Eltern, deren Kinder die 220, 227, 255. und 28. Gemeindeschule besuchen, in der Schulaula, Hobrechtstraße. Thema: „Können Elternbeiräte unpolitisch sein?" Referent: Genosse Schmalbach.

19., 20., 21. und 22. Abteilung. Heute Donnerstag Abendsitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Seidlitz, Kochhannstraße 7, Ecke Pintschstraße.

23. Abtg. (Böhm-Viertel). Königstädtische Oberrealschule, Pasteurstraße 44/45: Versammlung aller Eltern, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, Freitag 7½ Uhr, Aula, Pasteurstraße. Referent: Genosse E. Hellmann über „Schulreform und die Bedeutung der Elternbeiräte". Erscheinen aller Eltern ist Pflicht.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe Süden: Heute 7½ Uhr, im Saal der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3: Vortrag des Genossen Kidler über „Die politische Lage". — Ortsgruppe Neukölln: Heute 7½ Uhr bei Emelungen, Saalestraße, Ecke Schwarzastraße: Vortrag des Genossen Dr. Loewenstein über „Sexualleben und Sexualpädagogik". — Ortsgruppen Osten und Norden: Die Mitglieder beteiligen sich an der Neuköllner Veranstaltung. Gäste willkommen.

Achtung! Dr. Paul Meyer, A.-G. Freitag 4½ Uhr bei Sachs, Lindower Str. 26: Versammlung aller freigewerkschaftlich organisierten männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeiter, die auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehen.

Ehemalige Glühlampenwerke und kaufmännische Abteilungen von Siemens, A. E. G. Auer (jetzt Osram G. m. b. H.). Freitag 7 Uhr: Sitzung aller S.P.D.-Angestellten und Arbeiter im Bezirkssekretariat, Bellevuestr. 7 II. Mitgliedsbuch legitimiert.

Für Eltern, deren Kinder die 33., 66. und 161. Gemeindeschule besuchen, Freitag 7 Uhr in der Aula der Gemeindeschule, Georgenkirchstr. 2: Elternversammlung.

Tempelhof. Heute 7½ Uhr in der Aula der 2. Gemeindeschule, Friedrich-Wilhelm-Straße, Ecke Werderstraße: Große öffentliche Versammlung.

Nowawes. Für den am Sonntag 7½ Uhr in der Gemeindeschule 4, Scharnhorststr. 1, vom Volkskraft-Bund veranstalteten Wagnerabend sind für die Mitglieder des Wahlvereins Vorzugskarten bei Krohnberg, Eisenbahnstr. 10, zu haben.

Gerichtszeitung.

Spartakus in der Reichsdruckerei. Zwei schwere Jungen, die sich bei der Besetzung der Reichsdruckerei am 6. Januar v. J. der dort stehenden Geldschränke liebevoll angenommen hatten, wurden gestern zu empfindlichen Zuchthausstrafen verurteilt. Die schon vielfach mit Zuchthaus vorbestraften Gebrüder Hermann und Wilhelm Scharnewski wurden von der Bewachungsmannschaft der Reichsdruckerei auf dem Hofe verhaftet, nachdem man festgestellt hatte, daß ein Geldschrank an zwei Stellen angebohrt worden war. In ihrem Besitze fand man ein komplettes Geldschrankknackergerät. — Vor Gericht bestritten die beiden Angeklagten jede Schuld und ließen durch die Rechtsanwälte Dr. Puppe und Dr. Löwenthal einen Beweis nach der Richtung hin antreten, daß das Zeugnis des einzigen Belastungszeugen, eines Ingenieurs Grant, völlig unglaubwürdig sei. Dieser sei inzwischen wegen Erpressung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden und flüchtig. Obwohl zwei Zeugen die Angaben der Angeklagten bestätigten, kam das Gericht auf Grund der verlesenen Aussage des Zeugen Grant zu einer Verurteilung der Angeklagten, die mit Rücksicht auf ihre vielfachen Vorstrafen zu je 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Aus aller Welt.

Schwere Explosionskatastrophe in Brandenburg a. H.

Bei der Explosion einer 42-Zentimeter-Granate wurden im Walzwerk Weber in Brandenburg a. H., das der Gewerkschaft Deutsch-Luxemburg gehört, drei Arbeiter getötet, drei weitere erhielten schwere Verletzungen. Das Walzwerk hatte im September vor. Js. durch Vermittlung der Deutschen Eisenhandelsgesellschaft Berlin von einem Hochofenwerk in Lübeck große Mengen entladener Granaten zum Umschmelzen zugewiesen erhalten. Unter diesen Geschoßmengen befanden sich 200 Stück 42-Zentimeter-Granaten. Als Mittwoch morgen um ½8 Uhr verschiedene dieser 42-Zentimeter-Granaten in den Martin-Schmelzofen eingeführt werden sollten, explodierte infolge der kolossalen Hitze von 1800 Grad, die in dem Schmelzofen herrschte, eines dieser großen Geschosse, das noch mit der Sprengmasse gefüllt war. Es sei bemerkt, daß sämtliche Geschosse den Entladevermerk getragen haben. Durch die Explosion wurde der gesamte Martin-Ofen auseinandergerissen, die Decke wurde gegen die Decke des Werkstättengebäudes geschleudert, das gesamte Gebäude wurde stark demoliert.

Raubüberfall. Wie groß die allgemeine Unsicherheit im oberschlesischen Industriebezirk ist, geht aus nachfolgendem Fall hervor. In der Nacht zum 28. Februar drangen 12 Banditen in Zivil mit vorgehaltenem Revolver in die Wohnung des Hausbesitzers Wieczorek im Städtchen Janow bei Myslowitz ein. Sie forderten von ihm sämtliches Geld, durchsuchten die Behälter und raubten 20 000 Mark in Papiergeld, 10 Zwanzigmarkstücke und 10 Zehnmarkstücke und über 500 Mark in Silber. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Die Vergnügungsvereine in Halle a. S. haben beschlossen, solange keine Vergnügungen mehr abzuhalten, bis die von der Stadt Halle festgesetzte hohe Lustbarkeitssteuer herabgesetzt ist.

Verhaftete Mehlschieber. Wegen umfangreicher Mehlschiebungen sind der Kreissekretär Preisber, der Angestellte Schmidt und die Prokuristen Poetz und Georg in Siegen verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Religiöser Wahnsinn breitet sich in Falkenberg bei Halle aus. Erst „sprach“ die Sekte in der Kirche mit Gott, dann in einer Privatwohnung mit dem heiligen Geist und jetzt mit verstorbenen Angehörigen. Die Kriegsverwüstung der Geister äußert sich in den verschiedensten Formen.

Dampfer gesunken. Der frühere deutsche Dampfer Prinz Joachim, der jetzt Mocassin heißt, ist am Hafenkai in New York gesunken. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Nach Südafrika geflogen ist von London der Flieger Silberqueen. Er ist in Livingstone (Rhodesia) eingetroffen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Schachklub 00. Fragen Sie bei Herrn Kahorke, Berlin, Liegnitzer Straße 30, an. — **M. M. 21.** Richten Sie ein Schreiben an den Gutsbeamtenverband, Berlin, Dessauer Str. 31. — **Is 400.** Ein solcher Nachweis ist uns nicht bekannt. — **T. R.** Nein. — **H. St. 95.** 1. Nein. 2. Ja. — **P. B. 22.** 1. Ja. 2. In jeder größeren Buchhandlung. 3. Preise nicht bekannt. — **O. 36.** Die einzige Möglichkeit wäre, durch Vermittlung des Roten Kreuzes mit den Angehörigen in Verbindung zu treten. — **R. H. 106.** Dem Deutschen Transportarbeiterverband, Engelufer 15. — **M. L. 12.** Vorsitzende Frau D. Rollow, Engelufer 2b. Diese Kasse ist für Frauen, die nicht versicherungspflichtig sind, zu empfehlen. — **G. T. 200.** Reichen Sie Gesuch ein. — **J. W. 167.** 1. und 2. Ja. 3. Ja, aber die übrigen Geschwister haben Anspruch auf den Pflichtteil. 4. Es genügt ein eigenhändig geschriebenes Testament. — **G. R. 32.** 1. Nein. 2. Ja, aber die Veröffentlichung der Zuschläge ist noch nicht erfolgt. — **W. 50.** Es kommt die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge in Betracht. Wir raten Ihnen, einen Anwalt hinzuzuziehen. — **P. R.** 1. Nein. 2. Die Rente kann ganz oder zum Teil weiter gewährt werden. — **P. T. 20.** 1. ca. 9000 Mark. 2. Kommt auf die näheren Umstände an. 3. Bei der Versorgungsstelle oder der Hauptfürsorgestelle, Poststr. 5. 4. Nein. **O. T. 42.** 1. Die Eltern bezw. deren Abkömmlinge. Das mag dem Gesetzgeber überlassen bleiben. — **P. Z. 68.** 1. Durch die weitere Entrichtung der Wochenbeiträge halten Sie die Anwartschaft aufrecht. 2. 18 Pf. 3. Sie selbst. — **R. 26.** Sie sind als Vater unterhaltungspflichtig, legen Sie aber Beschwerde gegen die Ablehnung ein. Die Beschwerde bringen Sie bei der Stelle an, die die Ablehnung ausgesprochen hat. — **A. R. 48.** Ja. — **E. N. 6.** Wenn den Mieter keine Schuld an der Zertrümmerung der Scheibe trifft, müssen Sie sie erneuern lassen. — **100.** Ja. — **B. N. 18.** 1. Vom Nachlaß gehört Ihnen die Hälfte. 2. Ja. **Kiefen 1320.** Gesellschaft für innere Kolonisation, Berlin, Schöneberger Ufer. 2. Nein. — **K. Z. 20.** Fiel im Kriege mit Bulgarien an Serbien. 2. Vielleicht in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im Binnenlande größtenteils trocken, vielfach heiter. In den Tagesstunden wieder sehr mild. Im Küstengebiet etwas bewölkt und stellenweise Regen.

Für die zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen und Kollegen an der Beerdigung meines Mannes sage ich allen meinen besten Dank. Frau Motzkus nebst Kindern. 233/10

Ehrenerklärung! Ich nehme die Beleidigung gegen den Vorpfläger Ewald Butzke, Weinberg Löwenbruch, mit dem Ausdrucke des Bedauerns zurück. Den Inhalt der Beleidigung halte ich nicht aufrecht. 10376 Frau Donnien, Weinberg Löwenbruch.

Spez.-Behandlg Haut-, Harn-, Unterleibsleiden und nervöse Schwäche. Schnelle, sichere Behandlg., möglichst ohne Berufsstörung. 10jähr. Praxis. **Kühn,** Andreasstr. 78, Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhnh. Sprechst. 10-12, 5-7½. Sonnt. geschlossen.

Spezialarzt Dr. med. Hasché **Friedrichstr. 90,** direkt am Stadtbahnh. Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1. Harn- u. Blutuntersuchung

Destiny Hiawatha Rote Mühle und alle anderen modernen Tänze auf Schallplatten stets am Lager! Preiswert im **ACCORDIA** Musikhaus, Kottbus.Str. 14. Versand nach außerhalb. Verzeichnisse gratis u. fr.

Zigaretten Pro Mille von M. 120,— an **Zigarren** 100 Stück Mark 70,— an. Beste Bezugsquelle f. Gastwirte **L. Manheimer, Berlin,** Bergmannstr. 1 (a. Kreuzberg)

Münzen Gold Silber kauft 25/16* **Ball,** Münzenhandlung, Berlin, Wilhelmstr. 47.

Platin höchste Preise **Zahngebisse** bis 3000 Mark, jedoch pro Zahn nicht unter 21 M. **Gold, Silberschmucksachen Gebrauchsgegenstände sowie Bruch** konkurrenzl. Preis. **Pilz** Alte Schönhauser Straße 19 II. Geschäftszeit 9—5 Uhr.

Verein d. Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer Freitag, den 5. März 1920, abends 6 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 14/15: **Vertrauensmänner-Versammlung.** Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses. Zutritt nur gegen Legitimationskarte haben Vertrauensmänner, Druckereikassierer und Generalversammlungsdelegierte. Der Gauvorstand.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren und verwandten Berufe. **Streik beschlossen!** Streikversammlung am Freitag, nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Erscheinen aller Streikenden ist Pflicht! Die Verwaltung. J. A.: Schumann.

Was fehlt in jeder Ehe? Aufklärung! Ueber das sexuelle Verhalten von Frau und Mann herrscht fast in jeder Ehe völlige Unkenntnis. Es ist ein Verdienst des durch seine zahlreichen Vorträge in ganz Deutschland und darüber hinaus bekannten Gelehrten Friedrich Robert, zum Teil schon Wandel geschaffen zu haben. Roberts Lehre ist von vielen hervorragenden Medizinern, u. a. auch von Professor Häckel, Jena, rückhaltlos anerkannt worden. Jeder nach Aufklärung Strebende lese: **Robert, Die Offenbarungen im Geschlechtlichen!** Soeben in 10. Auflage erschienen. Mit 26 Illustrationen. Preis broschiert M. 7,50, gebunden M. 9,50. **Robert, Knabe oder Mädchen!** Die Tatsache der willkürlichen Zeugung. Soeben in 7. neubearbeitete Auflage erschienen. Mit sehr vielen farbigen Illustrationen. Preis broschiert M. 5,—, elegant gebunden M. 7,—. Bei Voreinsend. d. Betrages portofrei, Nachn. 60 Pf. mehr. **Linser-Verlag, G. m. b. H., Berlin-Pankow, 100.**

Aus erster Hand orientalische in- und ausländische **Zigaretten** F. Banderole mit und ohne Gold, von 205 M. per Mille aufwärts, laufende Lieferungen. Probesendungen gegen Nachnahme nicht unter 2 Mille. **John Andronicos, Köln a. Rh.,** Trajanstraße 4. Telegrammadresse: Andro Köln. 30/17*

Die Zahneinkaufsstelle Charlottenburg, Fritschestraße 46, vorn II an der Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg) kauft tägl. von 9-1 u. 2-6 Uhr zu höchsten Preisen **Alte Gebisse** Pro Zahn nicht unter 18 bis 20 Mark. Stiftzähne bis 300 Mark. Knopfzähne die Hälfte. **Brandmalerei-Stifte** nach Gewicht (Gramm 300 Mark)

Alteisen (Guß- und Schmiedeeisen) **Altmetalle** kaufen höchstzahlend **Bruder & Kaestner, SO 16, Neanderstr. 31.** Fernruf: Moritzplatz [illegible]

Warnung! Bruchsilber! Verkaufen Sie Ihr Bruch-Gold u. -Silber, sowie Platin nicht — bevor Sie den richtigen Preis bei **H. Wiese, Artilleriestraße 30,** erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend!

Kupfer 25,00 Messing .. 15,00 Blei ...... 10,00 Zink ..... 7,00 Quecksilber . 150,00 **„Metalleinkauf“** Schulzendorfer Str. 2

Zigarren von 700 Mk. an. Englische Zigaretten 330,— Marcelli, Le Legis, T. & B. Mercure. Uebersee-Rauchtabak **Dicke Türken** Watford, Gobelin sowie deutsche Marken. **Nordhäuser** Kautabak i. Roll. u. Stang. Nur f. Restaurat. Kantinen. Zigarren-Haus **Gebr. Schanzer,** Friedrichstr. 243 (Hall. Tor) Alexanderstr. 9 (N. Pol.-Pr.)

Kupfer kg bis 25,50 M. Messing „ „ 15,00 „ Zink „ „ 8,50 „ Blei „ „ 10,00 „ Rotguß „ „ 23,50 „ kauft gegen Kasse **Tasche,** Belle-Alliancestr. 98. Langenbeckstr. 4, Ecke Elbinger u. Wilmersdorf, Bernhardstr. 11c

Kupfer 26.— Messing 15.—, Aluminium 40.—, Quecksilber 150.—, Blei 10,50, Zinn bis 70.—, Nickel bis 35.— zahlt Metall-Ankaufsstelle, Lothringer Str. 89/90, Lad.

Felle Zahle für Ziegenfelle bis 225 M., Hasen 23, Kanin. Schafwolle bis 50 M. kg., Marder 1500, Iltisse 300, Füchse 400 M. 51/1 **Weißkirch,** Gormannstr. 12, Quergeb. 1.

Enthaarung! Gesichtshaare u. alle häßl. Körperhaare vernichtet sof. schmerzl. u. radikal Depilator durch Absterben d. Wurzeln allmählich und für immer. Garant. unschädlich! M. 5,— Für starken Wuchs 4. 7,50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

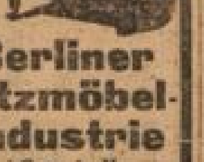
Linsen Korinthen Bananenmehl Hafermehl Tee Apfelmus Schwarz. Pfeffer Weißer Pfeffer Zigarren Zigaretten **F. P. A. Kaufmann,** Berlin S 14, Wallstraße 55/56. Engros Detail

Pianos Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- u. Stilart. Kunstspielapparate. Notenrollen. Gebrauchte Instrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. **Max Adam, Münzstraße 16.**

Prozesse, kat. Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung. Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H. Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) 9—7. Glänz. Erfolge. Beobachte. Sonnt. 10—1

Speisezimmer Herrenzimmer, Schlafzimmer, Saloneinrichtungen, Küchen, Leder- u. Gobelin-Klubgarnituren, Standuhren, Sofas, deutsche und echte Teppiche, Portieren, Chaiselongues, Tischdecken in riesig großer Auswahl zu enorm billigen Preisen. **Hans Lennert,** Möbelhaus für Gelegenheitskäufe, Lothringer Str. 55, Rosenthaler Platz.

Achtung! Kameraden, ehemalige Mil.-Gefangene, 13. Komp. Rb.-Schleswig, mögen sich am 6. abends 7 Uhr bei Weiler, Neukölln, Pannierstraße 56, einfinden. 19 15a O. Gärisch. C. Weiher.



Berliner Sitzmöbel-Industrie G. m. b. H. Berlin C 2, Neue Promenade 1 Eckhaus am Bahnh. Börse. **Klubsessel!** Eigenes erstkl. Fabrikat. Lagerbesuch erbeten!

Ankauf von **Platin, Gold und Silber** zu höchsten Tagespreisen. G. Schliephacke, Friedrichstr. 210, Ecke Kochstr.

Blei! Zinn! Weißmetall! alle Legierung., jede Menge, zu höchsten Tagespreisen kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alex. 4243).

Blei [1018b* 11,50 Mark und mehr pro kg, nicht unter 5 kg, kauft Roll, Berlin, Grünauer Str. 21, I (8—6 Uhr).

Gemüse-Sämereien! je 100 Gr. Rote Mohrrüben . . 2,— M. Karotten, unabgerieben 1,20 „ Weißkohl, versch. Sorten 3,60 „ Wirsingkohl . . . . 1,44 „ Rotkohl . . . . . 1,84 „ Blumenkohl . . . . 26,— „ Zwiebelsamen . . . . 4,— „ Spinat . . . . . —,40 „ Futtermohrrüben, weiß —,80 „ gibt sofort, solange Vorrat reicht, ab **Gemeinde Berlin-Britz.** Verkaufsstelle: Hannemannstraße 34.

Zigaretten, türk., engl., amer. Lagerbesuch sehr lohnend. Nur Selbstverbr. u. Gastw. M. Dessen, Berlin, Alexanderplatz 2, I Treppe, am Untergrdbhn. 9—6 Uhr.

Mitgl. d. Vereins d. Altmetallinhaber Groß-Berlin. **Kupfer kg 25,— Messing „ 15,— Blei „ 11,— Zink „ 7,50** **H. Samuelsohn,** Berlin O 26, Naunynstraße 38, an der Oranienbrücke. Moritzpl. 4500.

Ein grauer Kopf macht 10 Jahre älter! Ergraute Haare erhalten sofort ihre frühere Farbe echt u. naturgetreu wied. d. mein garant. unschädl. „Alcolor“. In allen Farb. erhältl. Fl. M. 5,-, 8,- u. 12,-. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Möbel günst. Einkauf Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen **DORN, Weinmeisterstr. 9** unweit Pfandkammer.

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft **Ingenieurbureau Schlichting** Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel. Lützow 3706 und [illegible]

Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H. Berlin SW 68, Lindenstraße 3 **Sonntage eines Großstädters in der Natur** Von Kurt Grottewitz. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. 5. Aufl. . geb. Mk. 3.—

Reinzinn bis 80,00 Messing 15,00, Kupfer 25,50, Blei 10—11,00, Zink 8,50—9,00, Rotguß 23,00, Weißmetall 30,00—35,00, Nickel 32,00, Aluminium 20,00 zahlt per Kilo, bei größeren Posten mehr. Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt. Metallschmelze Mariannenstr. 24, an der Kottbuser Brücke. Amt Mpl. 10 658, Nebenanschl.

Metalle bedeutende Preiserhöhung! Platin! Zahngebisse. Zahn bis 75 Mark. Gold- u. Silbersachen! Münzen! Salpeters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguß! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Stanniolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapseln! Schriftblei, alle Metalle höchstzahlend **Edelmetall-Einkaufsbureau.** Weberstraße 31 — Alex. 4243 —

Spezial-Behandlung b. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, nervöser Schwäche. Größte Heilerfolge! Besonders f. Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt worden sind. Blutuntersuchung. Höhensonne-Bestrahlg. Aerztl. gel. Heilanstalt Dir. HERMANNS **Elsasserstr. 42** I, Ecke Friedrichstr. Spr.: 10—12, 4—7, Sonnt. 10—1

Dr. med. Hollaender Spezialarzt **Aufklärende Broschüre Nr. X.** 2,50 M. gegen Nachnahme. Berlin, Leipziger Str. 108 } täglich 11—1, 5—7 Uhr. Hamburg, Kolonnaden 26 } Sonntags 11—1 Uhr. Frankfurt a. Main, Bethmannstr. 56.

Wir retten Ihre Haare! Senden Sie sofort zur mikroskopischen Untersuchung unter ärztlicher Leitung Ihre ausgekämmten Haare mit Angabe, ob Ihr Haarboden trocken oder fettig oder mit Schuppen behaftet ist. Darauf erhalten Sie von uns genaue Vorschrift für Ihre Haarpflege. Untersuchung und Vorschrift kostenlos! **Kur- und Heilanstalt Goldberg** Schloß Falkenberg, Grünau (Mark) 115. 80/11

Alte Gebisse!

Platin kauft — wie bekannt — stets höchstzahlend, kein gewöhnl. Platin-Zahn unter M. 22.— **Berlin W, Krausenstr. 56-58,** Zimm. 1. Täglich 10—6 Uhr. Vogler, Berlin.

Altmetall, Kupfer, Messing, Aluminium, Blei, Zinn, Eisen kauft zu den **höchsten Tagespreisen** Schlosserei Niemann, Stallschreiberstraße 58, am Moritzplatz. Auf Hausnummer achten!

Im Ausl. geprüft. **Zahnärztin E. Berstein,** Lindenallee 25 am Reichskanzlerpl. Tel.: Wilh. 6299. — 9—1, 3—6. Für wenig Bemittelte 12—1 Zahnziehen u. Behandlung **unentgeltlich** Ankauf v. Zahngebissen, Platin, Gold- u. Silbergeg. f. Eigengebr.

Zahngebisse, auch zerbrochene, Zahn nicht unter 21,50 M. Knopfzähne die Hälfte, kauft Urban, Kottbuser Ufer 63, 9—7.

Sanatorium Feldberg i. Mecklb. Nerven, Innere, Stoffwechselkranke, Erholungsbedürftige. Prospekte. 20/6* S.-Rat Dr. Kausch.

Fabrikraum 300 qm oder größer, mit Kraftanschluß, in Berlin oder Vorort sofort zu mieten gesucht. 80/13 **Wilhelm Richter, Apparatebau,** Berlin S 42, Oranienstraße 13a.

Viscitin wieder da!!

Chem.-pharm. Schöbelwerke, Dresden-A. 16

Viscitin-Kraftnahrung für Kinder und Greise, Kranke und Rekonval., Nerven- und Gemütsleiden, für stillende Frauen und Wöchnerinnen, für Bleichsucht, Magen-, Darm- und Lungenleidende.
Viscitin-Nerven-Krafttabletten! gegen Schlaflosigkeit, bei körperlicher und geistiger Ueberanstrengung, bei Erregungszuständen und allgemeiner Abspannung.

Diabetiker Extrapackung!

Zu haben in allen Apotheken und Drogerien!

Warnung! Man verweigere alte Kriegspackungen!

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Salome. Abends 7½ Uhr.

Schauspielhaus. Othello. Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt. **Deutsches Theater.** 7½: Jaakobs Traum. Frtg. 7: D. lebende Leichnam

Kammerspiele. Zum 1. Male, 7 Uhr: Gabriel Schillings Flucht. Frt 7½: D. deutsch. Kleinstädt.

Gr. Schauspielhaus Karlstraße. 7: Hamlet (20. Abt., 2. Ab.) Frtg. 7: Hamlet (21. A., 2. A.)

Theater i. d. **KöniggrätzerStraße** 7½ Uhr: Schloß Wetterstein Freitag: Schloß Wetterstein Snbd.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus 7½ Uhr: „Sie“. Freitag: „Sie“. Sonnabend, zum ersten Male: **Der Herr Minister.** Komödie von Paul Schirmer. (Max Pallenberg, Fr. Richard, Heinz Sdeda, Rose Veldtkirch, Grete Diercks, Gustav Botz, Werner Hollmann, Frieda Lehndorff, Hermann Picha.)

Berliner Theater 7 Uhr: Der letzte Walzer. Fritzi Massary, Otto Storm, Hans Wassmann.

Central-Theater 7½ U.: Fräulein Puck.

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Boccaccio.

Die Tribüne 7½ U.: Franziska.

Eden-Theater. 7½ U.: Die Dollarprinzessin

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ U.: Der Raub der Europa

Kleines Theater. 7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie.

Kl. Schauspielhaus. 7½ U.: Die unberührte Frau

Komische Oper 7.30 U.: Dichterliebe. Stg. 3½: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus Arnold Rieck in: 7½ Uhr: Der Großstadt-Kavalier

Metropol-Theater. 7 Uhr: Sybill Sonntag 3 U.: Charleys Tante mit Thielscher

Neues Operettenhaus Mia Werber als Gast in 7½ U.: Die kleine Hoheit. Stg 3½: Die Dame vom Zirkus.

Schiller-Theat. Charl. 7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater 7½ U.: Die närrische Liebe

Th. am Nollendorfplatz 3½: Lust. Weiber v. Windsor. 7½ Uhr: Der Vielgeliebte

Theater des Westens 7½ U.: Die Frau im Hermelin Stg. 3½ U.: Die lustige Witwe.

Wallner-Theater 7.15 Uhr: Eine Ballnacht. Stg. 3½: Gelsham. Mia Werber

Walhalla-Theater. 7½ Uhr: Csárdásfürstin.

Residenz-Theater. Untergrundbahn Klosterstr. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Heute 7 Uhr, zum 1. Male: Die Raschhoffs von Hermann Sudermann. Sonnab. 4: Max und Moritz.

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Täglich ½8 Uhr: **Femina.** Sonnab. 4: Hänsel und Gretel. Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Rose-Theater. 7 Uhr: Wilhelm Tell

Folies Caprice Ecke Friedrich- u. Linienstraße — Täglich 7½: — Die abgetretene Frau Zwangseinquartierung. Oh dieser Nowack! mit Ferdinand Grünecker in den Hauptrollen.

Theater am Kottbuser Tor Tel.: Moritzplatz 14814. Jeden Abend 7½ Uhr:

Stite-Sänger. 9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger. Sonnt. nchm. 3 U. ermäß. Preis. (voll. Abend-Programm. Bilfingen-Konzert. Beginn 7.10 Uhr. Zum Schluß: Die lieben Verwandten. Vorverk. 11—1½ u. 4—6 Uhr.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 6½: Götz von Berlichingen.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 7½ Uhr: Pygmalion. Freitag 7: Peer Gynt. Sonnabend 7½: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7½ Uhr: Menagerie

Schall u. Rauch im Großen Schauspielhaus, Karlstr. - Schiffbauerdamm. Das neue Märzprogramm Oskar Sabo, Valeska Gert, Mady Christians, H. H. v. Twardowski, Hans von Wolzogen, Irmgard Bern, Danny Gürtler d. J., Maria Lud. Musik. Leit.: Friedr. Holländer. Eröffnung 7½, Beginn 8½ Uhr.

Circus Busch Donnerst., 4. März, 7½ Uhr Tragikomisch. Pantomime „Aphrodite“ in 3 Akt. v. Paula Busch. Inszen. v. Georg. Blanvalet. Vorher: Das neue März-Programm!

APOLLO Theater, Friedrichstraße 218. Ausland-März-Sensationen: Hisodes Cie die ersten Japaner wieder in Berlin. 4 Williams Cowboy-Lasso Spiele mit 9 Pferden. Sylvester-Cremo Fam. Meister-Ikarier. Amerikanische Puppenspieler vom Royal-Orpheum. Mizi Kindl u. Partner Zahnflug mit hängenden Menschen durch den Zuschauerraum. Mary Blank Meister-Jongleuse u. and. Sensationen

Winter-Garten Täglich 7.30 Uhr: Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

Admirals-Palast. Die lustige Puppe 7½ Uhr.

Casino-Theater Lothringerstr. 37. Tägl. 7½ U.: Nur noch bis Freitag: Schniepels Lene. Sonnabend, den 6. März, zum 1. Male: Ein alter Sünder. Sonntag 3½: Die Wunderkur

Großes Schauspielhaus Sonntag, den 7. März, 2½ Uhr — außer Abonnement: — **HAMLET** Regie: Max Reinhardt. Preise der Plätze: M. 12,00 bis M. 3,00. Billetts Theaterkasse, A. Wertheim u. Invalidendank.

Reichshall.-Theater Jeden Abend 7½ und Sonnt. Nm. 3 U.: Stettiner Sänger. Nachmittags ermäßigte Preise

Olympia-Theater (früher Voigt, Badstr. 58) Tägl. abends 7½ Uhr: Die spanische Fliege Schwank in 3 Akt.

Residenz-Kasino u. Blumen-Diele 10 Blumenstraße 10. Tanz u. Kabarett

Krause Pianos Großes Lager in allen Holzarten. Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Juwelen Perlen **Margraf & Co.** G. m. b. H. Kanonierstr. 9 Tauentzienstr. 18 A. Tel.: Zentr. 8864.

Ankauf von Juwelen zum heut. hohen Kurs **Margraf & Co.** G. m. b. H. Kanonierstr. 9.

Alte Gebisse auch zerbrochene bis 3000 M. Kein Zahn unter 21,— Mark wo die Echtheit festgestellt ist. Knopfstiftzähne 9— M. Zahn 21, 25, 50 Mk. (Platinlangstift). Platin-Brennstifte zu den höchst. Tagespreisen. Zahnärztl. Laboratorium Leschke Neue Kantstraße 32 II rechts. — Am Bahnhof Charlottenburg.

Sofortige Erledigung. **Alte Gebisse** auch zerbrochene bis 3000 M. Kein Zahn unter 21—25 M. Gold- und Silbergegenstände (außer Münzen) Platin-Brennstifte usw. p. Gr. 300 M. Brennstifte nach Gewicht bis 800.— Zahle über höchste Tagespreise für eigenen Bedarf. Laboratorium Seidenbach, Charlottbg., Kurfürstenstr. 97, a. Zoo von 8—8 Uhr. Sonntags von 9—2 Uhr.

PLATIN stets zu höchsten Tagespreisen. Gold, Silber in Bruch in Barren Brennspitzen, Platinkontakte, Zahngebisse, Quecksilber kauft höchstzahlend Adolf Friedländer, Berlin, Kommandantenstr. 29, I rechts.

UFA Lichtspiele Tauentzien-Palast Definitiv letzte Tage! Wochen-Zyklus **Die Herrin der Welt** Titelrolle: **MIA MAY** Künstlerische Oberleitung: Joe May. Hauptrollen: Mia May / Hans Mierendorf / Michael Bohnen / Paul Hansen / Ernst Hofmann. Dienstag, 2. 3. ...... 5. Teil | Donnerstag, 4. 3. ... 7. Teil; Mittwoch, 3. 3. ...... 6. Teil | Freitag, 5. 3. .... 8. Teil. Beginn: 7 und 8¾ Uhr / Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Das Christusproblem gelöst! Soeben erschien: Vor 1900 Jahren! Wer war Jesus Christus? In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten mit einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übersetzt worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus bearbeitet von Ferd. Schmidt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis M. 4,—, schön gebunden M. 5,—, Nachnahme 60 Pf. mehr. Bücherkatalog gratis. Grosser Bücherkatalog gratis durch: Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42.

Kupfer 26,— Messing 15,25 Blei 10,- bis 11,- Zink bis 8,50 bei großen Posten mehr, zahlt **Metall-Einkaufs-Zentrale** Moritzplatz 135 80 **Kottbuser Damm 66** Moritzplatz 135 80 (Hermannplatz).

Bitte beachten! **Brillanten** Perlen • Smaragde Juwelenschmuck kauft zu höchsten Preisen **W. WEISAGER** Friedrichstraße 168 I zwischen Behren- u. Französische Straße. I. Etage I. Etage

Metallabfälle! in größeren Posten kaufen zu Engrospreisen nur von Händlern und Gewerbetreibenden **Bader & Bauer,** Neanderstraße 15. Fernsprecher: Moritzplatz 667.

Kautabak Ia. Qualität, der Nordhäuser Ware ebenbürtig. Tägliche Leistung: 50 000 Rollen. **Rauchtabak** rein Ueberfee und gerippt, 700 Zentner greifbar. Bei waggonweisem Bezug M. 26.—. Kleinere Mengen entsprechend höher gegen Akkreditivstellung bei Kölner Bank. Tabakfabrik **Ehlenbeck & Becker,** Köln, Lindenstr. 14. Fernspr.: B 5658, A 1756. Telegrammadresse: Ehlentabak Köln. [86/13] Fabrikniederlage: Berlin W., Spichernstr. 22, Haltestelle Nürnberger Platz (Ausgang Spichernstraße) der Untergrundbahn. — Fernsp.: Pfzb. 3904. Anfragen und Aufträge aus Berlin werden ausschließlich von der Berliner Fabrikniederlage erledigt.

Alte Gebisse auch zerbrochene bis 3000 M. Zahn 21, 25 bis 50 Mark (Platinlangstifte) Kein Zahn unter 21 Mark, wo die Echtheit festgestellt ist. Knopfstiftzähne 9 Mark. Platin-Brennstifte zu den höchsten Tagespreisen. Zahntechn. Laboratorium Rosenzweig, Oranienburger Str. 38, hochp. zw. Artillerie- u. Friedrichstr. — Einkauf von 9—6 Uhr.

Stein der Weisen Das Original aller Nagelpoliersteine Stück M. 4.—. Ueberall zu haben. KOPP & JOSEPH, BERLIN W. 50 Potsdamer Strasse 122.

Die Altmetall-Ankaufsstelle Blumenstr. 71, Ecke Markusstr. (Keller) zahlt die allerhöchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. Alteisen per kg 1,20 M.

Küchen solange Vorrat reicht von Mk. 500 an. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer in all. Preislagen nur in der Möbelhalle Schanzer Alexanderstraße 14 b

Kupfer Messing Zinn Sämtl. Metalle Quecksilber Platin Gold-Silber-abfälle Zahngebisse kauft zu riesig hohen Preisen in unseren 6 Einkaufsstellen **Metall-Zentrale** 1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz 2. Fennstraße 48 am Weddingplatz 3. Beusselstr. 29 nahe Turmstraße 4. Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof 5. Neukölln Kaiser-Friedrich-Str. 229 nahe Hermannplatz 6. Weidenweg 72 am Baltenplatz

Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle von einem jungen Mann Nähe Siemensstadt od. Spandau gesucht. Off. Ch. L. 2350 Rudolf Mosse, Charlottenburg, Scharrenstr. 30.

2—400 Mark zahle für Nähmaschine. 19/180 Turban, Danziger Str. 96.

Stellenangebote

Wir suchen tüchtige mit der Branche vertraute **Filialleiter, Filialleiterinnen, Verkäufer, Verkäuferinnen, Packtischkontrollen** für Berlin und auswärts. 188/9 **Salamander Schuhgesellschaft m. b. H.** Zentralbureau, Berlin W 8, Friedrichstr. 182 III.

Wickler für die Anker- und Gehäusewickelei, sowie Modell- u. Werk-**Tischler** werden sofort eingestellt. Maff.-Schwartzkopff-Werke G. m. b. H. Werk Wildau, Kr. Teltow.

Klempnerlehrlinge für Bau, Werkstatt, Automobilkühler und Apparatebau sofort oder später verlangt. Söhne achtbarer Eltern mit gutem Schulzeugnis wollen sich melden bei Wilhelm Hoffmann Nachf., Inhaber: Gebr. Winkelstein, Metallwaren G. m. b. H., Schönhauser Allee 31. 30/19

Feuerversicherungs-Direktion in Berlin sucht Buchhalter. Offerten K. 49 Hauptexpedition Vorwärts. 1129b

Tüchtige Klempner für Ankleraarbeiten stellt ein Britzer Straße 27/30. 1083b

Spanien. Bedeutende Fabrik in Spanien sucht tüchtigen Lithographen für Blechartikel usw. Bewerber mit span., ital. oder franz. Sprachkenntnissen bevorzugt, aber nicht unbed. erforderlich. Ausführl. Offerten unter L. 49 an die Hauptexpedition d. Bl.

Geübte Stahl-Graveure stellt ein Britzer Straße 27/30.

Lehrmädchen für Puffedernfabrikation zur gründlichen Ausbildung sucht Adolf Rosen, Wallstr. 16.

Perfekte Zuarbeiterin für elegante Kleider verlangt Heintze, Wartenburgstraße 4, Nähe Großbeerenstraße.

Teppichstopferinnen und Lehrmädchen zahlt bei dauernder Beschäftigung höchste Löhne f. Woche u. Stück. Braun, Charlottenburg, Fritschestr. 78.

Kassiererinnen sofort gesucht. Meldungen von 11 bis 12 Uhr vormittags. Kaufhaus des Westens G. m. b. H. BERLIN W. 50 Tauentzienstraße 21/24.

Tüchtige Handarbeiterinnen sucht per sofort Corsetfabrik Neumann, Berlin, Elisabethstraße 28/29